

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Verlagspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaaltene Kolonietzelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Sozialisierung der Kohle und der Schwereisenindustrie

Man schlägt heute keine Zeitung oder Zeitschrift von Bedeutung auf, ohne nicht etwas über die Sozialisierung zu lesen. Der Kampf ist entbrannt, das Problem ist in die Sonne öffentlicher Diskussion gestellt und an der Arbeiterschaft muß es liegen, durch geschlossene Aktionen die Sozialisierung nach ihrem Ermessen durchzuführen. Der Betriebsrätekongress hat durch Annahme der Resolution des Genossen Silberding die Arbeiterschaft zum Kampfe für die Sozialisierung verpflichtet. Die rechtssozialistische Partei hat auf ihrem Parteitag sich ebenfalls für die Vollsozialisierung ausgesprochen. Von den ganz links gerichteten Arbeitern abgesehen, wird der Gedanke der Sozialisierung von allen Arbeitern und sogar in Kreisen des Bürgertums mit ungestümmter Kraft verfolgt, so daß diese Frage zu einer Frage des ganzen arbeitenden Volkes geworden ist, für die es sich lohnt, alle

Nachmittel einzusetzen. Die Schleppträger des Privatkapitalismus sind in Anbetracht der Wichtigkeit des Sozialisierungsproblems nicht untätig. Ganze Ströme von Tinte werden verschrieben, um dem Volke die Verderblichkeit dieser Maßnahme mit mehr oder minder grellen Farben vor Augen zu führen. Von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bis zum letzten Winkelblättchen stellt sich die bürgerliche Journalistik in den Dienst der Kohlenbarone und glaubt mit-helfen zu müssen, die Restriktionen der Multimillionäre zu schützen. Eine Handelskammer nach der andern marschiert auf und langiert Resolutionen in die Welt, in welchen „fachmännisch“ nachgewiesen wird, daß die Vergesellschaftung des Bergbaues ins Verderben führe. Von den vielen „wertvollen“ Kundgebungen der Handelskammern nur ein Zitat. In der Handelskammer München sprach Kommerzienrat Gausch über die Sozialisierung, wo er unter anderem folgendes zum Besten gab: „Man sagt, die Bodenschätze in Deutschland sind Gemeingut des Volkes. Ich bestreite das, denn dann könnte man mit demselben Recht sagen, der ganze Grund und Boden Deutschlands ist gemeinschaftliches Volksgut. Das ist er aber nicht. Denn nach Jahrtausenden alten Gesetzen konnte man sich Besitzrechte auf einzelne Teile des deutschen Bodens erwerben. Ebenso gut wie ich mir Rechte oberhalb des Bodens erwerben kann, kann ich das mit Bodenteilen unter Tag. Das Recht des Bergwerkes unterscheidet sich durch nichts von dem Recht des Bodenerwerbes über Tag. Ob unter dem erworbenen Silt Land Kohle oder Erz oder auf demselben Wald oder Acker sich befindet, ist gleich, denn Recht bleibt Recht.“ In fast allen Generalversammlungen der Aktiengesellschaften benützt der Vorsitzende die Gelegenheit, gegen die Sozialisierung scharf zu machen. Dieser einmütige Protest der Unternehmer und ihrer Handlanger stempelt die Sozialisierungsaktion zu einer guten Sache und sollte für alle Arbeiter das Signal sein, nun erst recht und mit aller Kraft dafür einzutreten.

Inzwischen sind unsere Großkapitalisten nicht untätig. Sie beginnen die Sozialisierung auf ihre Weise, indem sie die Vertretung der Industrie in märchenhaftem Umfange und mit atemberaubender Geschwindigkeit in die Hand nehmen und vorwärts treiben. Was die industrielle Entwicklung Deutschlands in einer Zeitspanne von 45 Jahren nicht zu vollbringen vermochte, wird jetzt in wenigen Wochen zu Wege gebracht. Wie Kinder ihre Bausteine zusammenzusetzen, so füllen die Stinnes, Klöckner, Stumm, Ganiel, Thyssen und Genossen Industrien von mammutartiger Größe aneinander. Das ist die Sozialisierung der Großkapitalisten. Mit dieser Vertretung der Industrie im Eiltempo erreichen die „Herzöge der Industrie“ eine ungeheure Steigerung ihrer Macht. Hugo Stinnes, der Aktioste unter ihnen, hat heute die Möglichkeit, über mehr als 200.000 Arbeiter zu gebieten. Er ist neunzehntmal Aufsichtsratsvorsitzender, zweimal Stellvertreter desselben, achtzehntmal „gewöhnliches“ Mitglied und sechsmal im Grubenvorstand verschiedener Zechen. Dieser Krösus verfügt über 62 Zeitungen, Schiffahrtsgesellschaften, Papier- und Zellstoffabriken, Hotels, Rittergüter und was sonst noch. Diese Konzentration stellt selbst die amerikanische Trustentwicklung in den Schatten. So vereinigen die jüngst entstandenen Trusts die gesamte Fabrikation von Kohlen bis zum feinsten Apparat. Auf die fernere Bedeutung dieser Kapital- und Fabrikationskonzentration soll nachstehend eingegangen werden. In diesem Zusammenhang wollen wir nur betonen, daß durch diese Verbindung und Verschachtelung großer und größter Gesellschaften der Sozialisierung neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Ganz abgesehen davon, daß durch die immer weitere Ausdehnung der Truststruktur die wirtschaftliche Macht der Kohlenbarone immer größer wird.

Die Sozialisierungsaktion stützt sich auf zwei Vorschläge, welche die zweite Sozialisierungskommission ausgearbeitet hat. Diese zweite Kommission zur Vorberatung der Sozialisierung wäre vielleicht nie wieder zusammengetreten, hätten nicht die Gewerkschaften und die Angestelltenverbände der Regierung dieses Geständnis in der Nacht vom 20. März 1920 nach dem Rappapulsch abgetrotzt. Wir sehen die Vorschläge als allgemein bekannt voraus, weshalb wir heute nur kurz darauf eingehen wollen. Vorschlag I (Lederer) verlangt die sofortige Ablösung der privaten Unternehmer im Bergbau, mit einem Wort, die Vollsozialisierung und ist unterzeichnet von den Mitgliedern der Sozialisierungskommission: Braun, Silberding, Due, Kaufmann, Kautsky, Kuczynski, Lederer, Lindemann, Umbreit und Werner. Dieser Vorschlag faßt den Kohlenbergbau (Steinkohle und Braunkohle) und die Nebenproduktion zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper, der sogenannten Deutschen Kohlen-Gemeinschaft zusammen, die sich im Reichskohlenrat und im Reichskohlendirektorium, welches vom Reichskohlenrat berufen wird, ihre Organe

schaffen soll. Der von der Reichstagsfraktion der U. S. P. D. im Reichstag eingereichte Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes enthält in einigen Punkten etwas erweiterte dieselben Bestimmungen des Vorschlages Lederer. Für den Vorschlag Rathenau (Vorschlag II) haben in der Sozialisierungskommission gestimmt: Waltrusch, Watocki, Cohen, Krämer, Melchior, Neustadt, Rathenau, v. Siemens, Vogelstein, Weber und Wissell. Dieser Vorschlag verschiebt die eigentliche Sozialisierung auf den Sanftnimmerleinstag und will die Kohlenwirtschaft vorerst nur nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten, die sich auf die Tendenzen der Arbeitsgemeinschaft stützen, geregelt wissen. In der Form eines Zentralsyndikats soll der Bergbau fortgeführt und durch Ansammlung von Tilgungskapital nach langen Jahren allmählich amortisiert, das heißt in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden. Dieser verschwommene Vorschlag ist von der gesamten freiorganisierten Arbeiterschaft abgelehnt worden und ist nur zu bebauern, daß sich zwei Kollegen, Cohen und Wissell, bereit fanden, dem zuzustimmen. Wir unsererseits stellen uns rückhaltlos auf den Vorschlag I, der die sofortige Einleitung der Vollsozialisierung fordert und werden mit allen Mitteln dafür eintreten.

Der Reichswirtschaftsrat, der sich ebenfalls mit den Vorschlägen der Sozialisierungskommission zu beschäftigen hatte, konnte sich über keinen der Vorschläge einigen. Um aus der Zwischmühle herauszukommen, wurde, im Bunde mit dem Reichskohlenrat, eine Unterkommision gebildet, die die Aufgabe haben sollte, die Gattungen, Karpfen und Kaninchen zu paaren, das heißt einen Ausgleich zu finden zwischen den Vertretern des Privatkapitals und der Arbeiterschaft. Dem schlauen Hugo Stinnes gelang es in dieser Kommission, die Mehrheit, darunter zwei Arbeitervertreter (Zbusch vom christlichen Bergarbeiterverband und Wagner vom alten Bergarbeiterverband) auf seine Seite zu ziehen, nur der Steiger Werner stimmte gegen den Vorschlag der Mehrheit. Die Vorlage der „Eingangs-kommission“ ist durch die in ihr enthaltenen Gesichtspunkte gekennzeichnet.

1. Zusammenlegung und Umgruppierung von Grubenfeldern und Unternehmungen zum Zwecke des Ausgleichs guter und schlechter, zum Teil abgebauter Flöze.
2. Die Ausgabe von kleinen Aktien in der Höhe von 100 Mk., um den Arbeitern und Angestellten des Bergbaues den Erwerb solcher Aktien und damit die Teilnahme am Betriebs-gewinne zu ermöglichen, womit zu gleicher Zeit eine Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats erreicht würde.
3. Die Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und der weiterverarbeitenden Industrie „zur Erhöhung höchster Produktivität“ sind in größtmöglicher Form anzubahnen.

Der erste Gesichtspunkt ist eine Frage einer rationalen Produktionsgestaltung und kann aus unserer Betrachtung ausgeschieden. Punkt zwei soll dazu dienen, die Arbeiter mit dem Seifenschaum liberaler Illusionen einzufüllen, sie von ihrer Zweckbestimmung als revolutionäre Klasse abzulenken und dem Großkapital den letzten Arbeitergroßchen flüssig zu machen, damit er im kapitalistischen Produktionsprozeß verwendet werden kann. Gewinnbeteiligungen dieser Art sind entschieden abzulehnen. Punkt drei stellt die künstlich betriebene Konzentration von Industrien der Rohproduktion und der Weiterverarbeitung dar. Dieser Gesichtspunkt ist zweifellos das Entscheidende in dem Vorschlage Stinnes-Vögeler-Silberberg. Das Problem der gemischten Werke, die Verbindung von Kohle und Eisen bis zum Fertigfabrikat, das schon seit Jahrzehnten die Triebfeder der Konzentration darstellt und das durch die bis ins Höchstentwickelte „vertikale Konzentration“ der Neuzeit charakterisiert wird, soll hier in gesetzmäßige, von breiten Volksmassen getragene Bahnen gelenkt werden. Ferner soll nach dem Vorschlag Stinnes-Silberberg eine enge Verbindung des Kohlenbergbaues mit den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken hergestellt werden und sollen sich diese Werke im Bunde mit den Kommunen, der Kreise und des Staates zu Industrieprovinzen zusammenschließen. Als Muster soll anscheinend das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Essen dienen, welches unter dem Einfluß von Stinnes steht und wo diese Verbindung von Kommunal- und Privatkapital schon durchgeführt ist. Der von Stinnes mit dem Zauberwort blendender Worte vorgeführte Trick hat letzten Endes nur den Zweck, ihm und anderen Trustmagnaten die weiterverarbeitende Industrie in ihren zahlreichen Verästelungen, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke usw., in großem Maßstabe unterzuordnen. Wie man solche Pläne mit dem Begriff Sozialisierung in Verbindung bringen kann, ist uns nicht recht erklärlich. Einmütig ist dieser Vorschlag der Subkommission von der gesamten freigeistigen Arbeiterschaft abgelehnt worden. Um eine noch-malige „Einigung“ zu suchen, ist diese Kommission auf 15 Mitglieder verstärkt worden, welche zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, in Essen tagt und die Komödie der Einleitung noch einmal betrieben wird.

So wird gegenwärtig über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues gehandelt, geflüstert, Pläne entworfen und verworfen, mit dem einzigen Resultat, daß dieselbe hinausgeschoben wird. Soll dieser Kuhhandel so fortgesetzt werden? Wir meinen, daß der Worte nun tatsächlich genug gewechselt sind und endlich einmal Taten zum Vorschein kommen müssen. Die letzten Verhandlungen im Reichstag über die Interpellation der Sozialisierungsvorlage haben eigentlich jedem klar und deutlich gezeigt, wie es in Deutschland aussieht

einen Seite der geschlossene Wall der Unternehmer mit einigen Fortschrittler wie Rathenau und auf der andern Seite eine uneinige Arbeiterschaft. Während die Fraktionen der S. P. D. und U. S. P. D. sich geschlossen für die Sozialisierung aussprachen, wenn auch bei der Fraktion der Rechtssozialisten nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre Fragezeichen durchaus am Platze sind, sehen die Arbeiter auf der äußersten Linken in der Sozialisierung eine „Rettung der Bourgeoisie“. Gegen solche bakunistische Auffassungen sich zur Wehr zu setzen, halten wir nicht für notwendig. In der Mitte steht die Regierung, halt- und hilflos hin- und herschwankend. Von einer bürgerlichen Regierung zu verlangen, daß sie sich energisch und konsequent für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues einsetzen soll, ist natürlich nicht opportun. Von ihr ist nichts zu erwarten.

Neben der Sozialisierung des Kohlenbergbaues muß von uns als Metallarbeiter die Sozialisierung der Schwereisenindustrie ernstlich in den Kreis der Betrachtung gezogen werden. Ausführlich soll hierauf in späterer Zeit eingegangen werden. Hier sei nur gesagt, daß sich die „energiegebende“, die sogenannte Groß- oder Schwereisenindustrie vom Kohlenbergbau nur unwesentlich unterscheidet. Durch die Entwicklung der Konzentration sind heute Kohlenbergwerke und Schwereisenindustrie in einer Hand vereinigt. Gesellschaften wie Phönix, Deutsch-Luxemburg, Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, Hochemmerich, Rheinische Stahlwerke, Gutehoffnungshütte, Bochumer Verein, Lothringer Bergwerksgesellschaft, Krupp, Stumm, die Thyssenwerke und andere sind sowohl im Kohlenbergbau als auch in der Schwereisenindustrie tätig. Man braucht sich nur die Verhältnisse im Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Stahlwerkverband vor dem Kriege zu vergegenwärtigen und man findet, daß dieselben Werke, welche im Kohlen- und Stahlwerkverband die höchsten Lieferquoten inne hatten, auch im Stahlwerkverband die größten Lieferanten waren. Hier wie dort spielten sie die erste Geige und zwangen beide Syndikate unter ihre Vormachtigkeit. Auch ist uns bei genauerer Betrachtung der Dinge nicht recht klar, in welcher Form eine Trennung vom sozialisierten Kohlenbergbau und den denselben Werken angegliederten Hüttenwerken durchgeführt werden soll. Jede und Hütte liegen teilweise dicht beieinander und bilden wichtige Teile eines zusammenhängenden, eng ineinandergreifenden Organismus. Wie soll die Trennung vor sich gehen? Soll das Kohlenbergwerk in die Hände der Allgemeinheit übergeben und die vor diesem abhängigen Hüttenwerke (Hochofen, Puddel-, Stahl- und Walzwerke) privatkapitalistisch weitergeführt werden? Wir meinen, das ist ein Unding. Wenn man auch schließlich damit einverstanden sein kann, daß der Kohlenbergbau mit seinen umfangreichen Nebenanlagen bei der Sozialisierung den Anfang bilden soll, so muß man doch darüber hinaus der Meinung sein, daß anschließend daran die Schwereisenindustrie als Objekt der Sozialisierung zu gelten hat. Als Metallarbeiter müssen wir verlangen, daß auch die energiegebende Industrie der Sozialisierung nähergeführt wird; sie ist genau wie der Bergbau über-reif dazu.

Wie soll nun die Frage der Sozialisierung aus dem Kreis der Betrachtungen, aus der Atmosphäre der Vor- und Gegen-vorschläge herausgebracht werden? Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist kein Verhandlungsobjekt mit den Ruknießern dieser Produktionsmittel, den Unternehmern. In paritätisch zusammengefügten Kommissionen, im Sinne der Arbeitsgemeinschaft, beratige weltumfassende Probleme zur Entscheidung zu bringen, ist vollständig absurd. Wenn nach Laßalle politische Verfassungsfragen nachfragen sind, so sind Fragen zur Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise nachfragen allerersten Ranges. Deshalb entscheidet nicht mehr oder weniger kluge Verhandlungsstrategie, sondern der Aufmarsch und die Entwicklung realer Machtmittel. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ schrieb in ihrer Nummer 880: „Über die Vollsozialisierung gibt es, das ist klar, keine Verhandlung, sondern höchstens eine Entscheidung durch politische Macht.“ Das ist auch unsere Meinung. Gätten wir eine einige politische Partei oder stimmten die bestehenden sozialistischen Parteien wenigstens in dieser fundamentalen Frage überein, dann würde ein Kampf ziemlich Aussicht auf Erfolg haben. Aber trotz alledem brauchen wir nicht mutlos zu sein. Der Sozialisierungsgedanke wird von 95 Prozent der sozialistischen Arbeiterklasse, einschließlich der Angestellten als dringend zu ver-wirklichende Forderung anerkannt, vom Betriebsrätekongress ist dieselbe gutgeheißen und von starken politischen Parteien Unterstützung ausgeht worden. Also ist das Kampffeld ziemlich klar.

Der Kampf gegen den Rappapulsch wurde geschlossen geführt. Wenn zum Sturze einer reaktionären Regierung der Machtapparat des Proletariats in Bewegung gesetzt wurde, nach-woll er nicht auch zur Durchführung der Sozialisierung, als Einleitung des wirtschaftlichen Sozialismus in Anwendung gebracht werden? Wir richten an den Vorstand des U. S. P. D., an die sozialistischen Parteien und an die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale das dringende Ersuchen, Aktionen in die Wege zu leiten, um die Sozialisierung aus den Beratungskammern herauszunehmen und sie in den Betrieben und wenn nötig, auf der Straße zur Entscheidung zu bringen. Unsere Kollegen in Stadt und Land werden ihre Hilfe nicht verweigern. Drauf und dran!

Heraus aus den Wirren!

Die Konkurrenz ist der vollkommenste Ausdruck des in der modernen bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Krieges aller gegen alle. Dieser Krieg, ein Krieg um das Leben, um die Existenz, um alles, also auch im Notfall ein Krieg auf Leben und Tod, besteht nicht nur zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft, sondern auch zwischen den einzelnen Mitgliedern dieser Klassen; jeder ist dem andern im Wege und jeder sucht daher auch alle, die ihm im Wege sind, zu verdrängen und sich an ihre Stelle zu setzen. Die Arbeiter konkurrieren unter sich, wie die Bourgeois unter sich konkurrieren. — Und ist der Proletariat ein solcher Narr, lieber verhungern zu wollen, als sich in die „billigen“ Vorhölzer der Bourgeois, seiner „natürlichen Vorgesetzten“ zu fügen — ja nun, es findet sich leicht ein anderer, es gibt Proletariat genug in der Welt und nicht alle sind so verrückt, nicht alle ziehen den Tod dem Leben vor.

Diese Worte schrieb Friedrich Engels vor 75 Jahren in seinem Buch: Die Lage der arbeitenden Klasse Englands. Klar sah er die Schäden des ausblühenden kapitalistischen Systems; er erkannte das Elend der arbeitenden Klasse, welches dieses System im Gefolge haben mußte. Sparsam zeichnete er die Folgen in materieller und moralischer Hinsicht und wies den Weg, der aus diesem Jammerdasein führte. Es galt, die materielle Not und das moralische Elend der Arbeitermassen zu beseitigen, er erhoffte es von einem organisierten Zusammenschluß des Proletariats in den Ländern wie auch international. Das kommunistische Manifest schloß Marx und Engels mit dem Satz: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ Als das Notwendige erkannte unsere Altmeister die Klassen-solidarität, d. h. die gemeinsamen Verpflichtungen aller der arbeitenden Klasse Angehörigen. Wilhelm Liebknecht prägte das Wort: „Einer für alle und alle für einen.“ In diesen Worten liegt der Wunsch und Wille zur Solidarität. Die Solidarität muß das von Engels gezeichnete moralische Elend der arbeitenden Klasse beseitigen. Einigkeit und Solidarität waren das Fundament, auf dem die deutschen Organisationen aufgebaut und ihre Größe und den Einfluß erreichten. Ganz besonders aber die deutschen freien Gewerkschaften.

Und heute? Das feste Fundament ist vernichtet, unterwühlt und der ganze stolze Bau droht zusammenzubrochen.

Die Reaktion triumphiert, ihr Weigen blüht. Wie kam es? Der heutige Zustand ist uns unvorstellbar. Unsere Altmeister gaben uns die klaren Lehren des Sozialismus, sie zeigten die Mittel und Wege, die das Proletariat gehen mußte.

Der Weltkrieg hat Verwirrung in die Arbeiterorganisationen gebracht. Der Geist Marx' und Engels' wurde verleugnet. Der unüberwindliche Gegensatz, die Kapitalismus — die Arbeit, wurde mit elegantem Schmuck überkleidet, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gepredigt, der schieblich-friedliche Pakt abgeschlossen. Dieser falsche Geist schlug die deutsche Revolution in Trümmer. Marx schrieb 1875 in einem Brief über die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft: „Die politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ (Nicht zu vergleichen mit der von Kossak gepredigten Parteidiktatur.) Demnach muß sich das Proletariat Einrichtungen schaffen, die ihm die Diktatur ermöglichen. Friedrich Engels schrieb im Anti-Dühring: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatsbesitz.“

Das war der Weg, den das revolutionäre sozialistische Proletariat zu gehen hatte. Was geschah aber? Bestimmte Führer piffen auf die Lehren Marx' und Engels'. Sie trieben eine Politik, die konterrevolutionär war und das deutsche Proletariat um die Früchte einer siegreichen Revolution brachte. Zudem war die Folge dieser Politik eine gewaltige Steigerung der Verwirrungen in den Organisationen.

Die Arbeitermassen waren enttäuscht. Die Revolution war für sie der Weg zur Erlösung. Nach wenigen Tagen Freiheit brachte sie aber neue Fesseln. Was nahm es wunder, wenn die enttäuschten Massen andächtig den neuen Aposteln mit ihren neuen Heilslehren lauschten. Unter diesen Aposteln befanden sich die Agenten der Bourgeois, deren Mission darin bestand, Mißtrauen gegen den Sozialismus und keine Organisationen zu fügen und die Zwietschacht im sozialistischen Lager zu säen.

Die Spaltung des sozialistischen Proletariats war vorhanden, eine Tatsache, die nicht aus der Welt geschafft werden konnte. Die Einigung war möglich auf dem Boden des revolutionären, marxistischen Sozialismus, doch ist dieser Weg nicht gegangen worden.

Der ersten Spaltung folgten weitere. Demagogen lenkten die Massen von den Grundfragen der Trennung ab, der Geist wurde auf Kleinlichkeiten, Nebenächlichkeiten konzentriert. Die widerständige Physiologie gegen Verlogen und Einrichtungen fand ihre Stütze. Die Phrase feierte wahre Orgien. Das Heil wurde nun neuen Organisationsformen und Gründungen erwartet. Die enttäuschten Arbeitermassen wurden schändlich mißbraucht. Die Aktivität der Massen zerbrach sich in überflüssigen, die Arbeiter entzweigten sich und ermöglichten der Reaktion, ihre Schütztruppen aus den zerstreuten Teilen zu rekrutieren.

Der Zug geht nach links! Diese Phrase wurde andächtig nachgehakt. Konjunkturpolitiker bauten schamlos links eine Organisation nach der anderen an, um die wach „links drängenden“ Massen aufzufangen. Damit sollten ihre Mißheilorganisationen, Klubs, schwindelartige Gebilde, die nicht leben und sterben können, gefüllt werden. Daß sich Arbeiter für diese Organisationen fanden, ist aus der Phrase der Arbeitermassen zu erklären. Niedergerückt durch die wirtschaftliche Notlage, ihr Hoffen auf eine Besserung ihrer elenden

Lage schmählich betrogen und alle Lasten der wirtschaftlichen Krise und die Folgen des bankrotten kapitalistischen Systems auf ihre Schultern abgewälzt, sind sie geneigt, aus neuen Versprechungen und Phrasen neues Hoffen zu schöpfen.

Mit „dem Zug nach links“ ist es bei näherem Ansehen nichts. Die auf der äußersten Linken Angehörigen sind praktisch schon wieder im Lager der Reaktion. Ein Kreislauf vollzieht sich.

Wie weit es gekommen ist, zeigt das Rencontre der Berliner Arbeitslosen gegen die Kätezentrale Münchtrake, Berlin. Dort sind die Worte gefallen: „Die Arbeitslosen gehen in die Betriebe und werden ihre Arbeitskraft für weniger Geld anbieten.“ In diesen Worten offenbart sich das moralische Elend der Arbeiterklasse, welches Engels so scharf zeichnete und als die große Gefahr für das Proletariat erkannte. Es zeigt uns aber auch, wohin wir bei der Organisationsarbeit gekommen sind. Jahrelang sind den Arbeitern die Phrasen von der alleinstellmachenden selbständigen Käteorganisation in die Ohren geblasen worden. Versprechungen auf Versprechungen wurden gehäuft und die Massen am Karrenrad herumgeführt, zu gleicher Zeit wurde aber auch durch die Mißarbeit die Aktionsfähigkeit der übrigen Organisationen gelähmt. Alle Kräfte waren zur Beseitigung der Organisationswirren in Anspruch genommen und waren somit ihren eigentlichen Aufgaben entzogen. Die Massen sind aber am weitesten links angelangt und werfen sich der Bourgeoisie in die Arme. Nicht alle. Zene, die im ehrlichen Glauben handelten und die Erlösung von neuen Organisationen erwarteten, tun diesen Schritt nicht, sie treten aber enttäuscht und mühsam zur Seite und schwächen durch ihre passive Haltung das Proletariat.

Es wird die Einwendung erhoben, das Berliner Vorkommnis sei eine behauerliche Ausnahmeseiche. Durchaus nicht. Das Wiedererscheinen der Selben bestätigt die Formel vom Kreislauf. Es ist durchaus kein Zufall, daß auffallend viele der radikalen Söldner jetzt im gelben Sumpf untertauchen.

Die Klassen-solidarität ist schwer erschüttert. Wir sind wieder dort angelangt, wo die Arbeitermassen standen, als sie noch zahl- und hilflos dem kapitalistischen System gegenüberstanden, wo die Massen instinktiv handelten und ihnen Mißfall und Führung mangelte. Damals war es verständlich, wenn der Proletariat, um sein hilfloses, nachtes Leben zu fristen, seine Arbeitskraft in der Schmutzkonkurrenz auf den Markt warf. Heute müßte aber dieser Selbst-übermut sein. Er ist es nicht, ist vorhanden, darüber zu lamentieren, ist zwecklos.

Die Schuld tragen die Wirren im Proletariat. Die Wirren werden ihr Ende finden, wenn die Arbeiterschaft es ablehnt, um persönlicher oder formeller Bedenken sich in die Haare zu geraten. Die Arbeiterorganisationen brauchen darum noch kein Entweichen zu werden, auf dem die Enten ihr monotoner Geschäftserdener lassen und zufrühen mit dem Schwanz wackeln. Es wird Widersprüche geben und sie müssen geregelt und ausgeräumt werden, aber sachlich, offen und ehrlich. So wie es gegenwärtig steht, kann es nicht weitergehen. Änderung muß eintreten.

Wemort steht das Proletariat da, unerlöslich und mühsam ist es der Reaktion ausgeliefert. Uns darf keine Schönfärberei der Parteien täuschen.

Es heißt schlecht um den Sozialismus.

Wir müssen den Weg der Erkenntnis suchen. Aus begangenen Fehlern muß gelernt und Versäumtes nachgeholt werden. Noch ist es Zeit und die Sache des Proletariats nicht verloren. Keine Konzeptionen an die Phrase, Lannas und Stimmungen mehr. Klar und offen muß ausgesprochen werden, woran die Arbeiterschaft krank. Vertrauen zueinander muß Platz greifen, damit die Arbeiterschaft die Agenten der Bourgeoisie aus ihren Reihen ausschließen kann. Offen und ehrlich zueinander sein, nicht mehr mit den Mitteln der Verleumdung und Verdächtigung gegeneinander gearbeitet, wie es ja leider in der letzten Zeit allzu gewöhnlich ist. Aussprechen was ist und den Mut zur Wahrheit gefaßt. Nehmen wir die Werke Marx' und Engels' zur Hand und wir werden finden, wann und wo Fehler begangen wurden. Findet das Proletariat den Mut, begangene Fehler einzugehen, dann wird es sich auch einigen können auf dem Boden des revolutionären Sozialismus. Die Forderungen der Reaktion werden vernichtet und die Arbeiterschaft wird den Sozialismus zum Siege führen können.

Dr. Organisationswirren muß aber ein Ende bereitet werden. Noch sind die Gewerkschaften intakt und in ihren Händen liegt das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft, sie sind mächtig und stark genug, das Proletariat aus dem Elend zu führen. Hier liegen die Aufgaben der Gewerkschaften, im Kampf zur Erringung der wirtschaftlichen Macht haben sie bisher verlagert. Eine klare Politik muß geübt werden. Diese darf keine Politik des „Hinhaltens“, aber auch nicht der Phrase sein. Die Gewerkschaften müssen konsequent den Kampf um die Produktionsmittel aufnehmen. Die Frage der Sozialisierung ist in klar gewonnen und dabei haben die Gewerkschaften entscheidend mitzugreifen. Heraus aus den Wirren bedeutet auch heraus aus der Gleichgültigkeit, Interesselosigkeit und Oberflächlichkeit. Die Worte Sozialismus von der verkommenen Bedürfnislosigkeit bewahrt haben sich in der Vergangenheit in Bezug auf die geistigen Bedürfnisse der Arbeitermassen. Die Worte sind der Zustand zu erklären, daß Menschen andächtig auf das Maul von Menschen lauschen, beglückt und zufrieden von den wunderbaren Reden nach Hause trollen. Das Denken ist fast zum Zerfall gegangen.

Verstehen wir die Zeichen der Zeit nicht zu denken, so werden die Bogen der Konterrevolution über unseren Köpfen zusammenzuschlagen, alles, was in den langen Jahren mühselig aufgeschaut, wird in den Strudel gerissen und vernichtet werden. Die Zeit ist ernst und erfordert klare Köpfe.

Hand aus Herz! Die Reaktion soll und darf nicht triumphierten. P. H.

Vom Kongreß der „christlichen“ Gewerkschaften

Vom 20. bis 24. November tagte in Essen der Kongreß der „christlichen“ Gewerkschaften. Der Kongreß erfreute sich wie immer der wohlwollenden Zustimmung aller bürgerlichen Parteien und Blätter. Wurden doch die „christlichen“ Gewerkschaften als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie und namentlich gegen die freien Gewerkschaften ins Leben gerufen. Die Leute, die sie aus der Laufe hoben, wußten, was sie taten. So ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Großkapitalisten, von allen Blättern die längsten Berichte vom Kongreß bringt und neben dem Zentrum prominente Vertreter der Deutschen Volkspartei und die Deutschnationale Partei ihre Glückwünsche und geneigtes Wohlwollen überbringen, womit die Seelenverwandtschaft der „Christen“ mit den Reaktionsären dokumentiert wird. Die Gunst dieser Kreise, mit denen die Zentrumsgewerkschaften behandelt werden, zeigt zur Genüge, zu wessen Schutze sie vorhanden sind. Mit großem Lärm wurde die Parade in Szene gesetzt, denn keine Arbeiterorganisation verläßt die Regie, Schaulust zu etablieren, so gut, wie unsere Freunde von der schwarzen Couleure.

Stegerwald, gegenwärtig preußischer Wohlfahrtsminister, eröffnete die Versammlung. Im Tätigkeitsbericht stellte der Geschäftsführer Kaiser fest, daß die Opfer im Kriege für eine große und heilige Sache gebracht seien. Er zitierte über den angeblichen „Terror der Kapitalisten“ und trat für die technische Nothilfe ein. In der Diskussion über den Geschäftsbereich forderte der Bergarbeiter Steeger die Einheitsorganisation im Bergbau, was Schmitz vom Christlichen Metallarbeiterverband entschieden ablehnt. Der Fabrikarbeiter Fromm stellt fest, daß die Arbeitsleistung in achtstündiger Arbeitszeit heute teilweise höher sei als vor dem Kriege. Eine Feststellung, die allerdings nicht geeignet ist, gegen den schematischen Achtstundentag“ zu wettern.

In der Sonntags-Sitzung war vor allem die Rede Stegerwalds bemerkenswert. Er sprach u. a. von der Umformung der Wirtschaft und forderte, daß der Arbeiter vom Objekt zum Mittträger der Wirtschaft werden müsse. Beileibe keine Sozialisierung! O nein, der Arbeiter müsse Teilhaber und Nutznießer des Betriebes werden. Die Kleinaktie sei empfehlenswert. Damit hat sich Stegerwald auf den alten Kleinbürgerlichen Standpunkt der Gewinnbeteiligung gestellt und geht Arm in Arm mit Dr. Bäumer und Genossen, was die „Rheinisch-Westfäl. Ztg.“ in Fettdruck ihren Lesern mitteilt. Er propagiert ferner die Gründung einer Tageszeitung, die Erziehung einer Volkshand und die Beratung über eine neu zu gründende Partei. (Siehe weiter unten.)

Balkusch sprach über Gemeinwirtschaftsgebanten in Staat und Wirtschaft. Es sind die bekannten Gedanken, die in der Arbeitergemeinschaft und in den „Sozialisierungsplänen“ von Sinnes-Silberberg ihren Niederschlag finden. Der christliche Gewerkschaftskongreß für Unterstützung der technischen Nothilfe, Befürwortung der „Kraftarbeit“ überschreibt die „Ab-Westl. Ztg.“ ihren Bericht in Nr. 856. Im Busch (Bergarbeiter) sprach gegen die Ablehnung der „Kraftarbeit“ und trat für die Abnahme der Löhne nach der Größe der Familie ein, also Ablehnung von der einheitlichen Tarifordnung und Höherbezahlung der Verheirateten mit mehreren Kindern.

Dr. Bauer (Köln) setzte sich in langer Rede mit dem Sozialismus auseinander. Wenn der Sozialismus auf diese Art totgeredet werden könnte, wäre er schon längst gestorben. Er lobte die Arbeitergemeinschaft über den grünen Klee und stellte Hindenburg als leuchtendes Beispiel hin. Das Christentum sei der Bringer der Freiheit. (Wer hat von den deutschen Arbeitern davon schon etwas gemerkt, trotz 1900-jährigen Bestehens des Christentums?) Er fordert zum Schluss auf, zu geloben, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis man wieder singen könne: „O Deutschland, hoch in Ehren, du herrst's Land der Treu.“ Nachdem man sich für die Unterstützung der technischen Nothilfe ausgesprochen, erfolgte Schluss des Kongresses.

Ein „christlicher“ Betriebsrätekongreß folgte dem offiziellen Kongreß. Was ist von einem „christlichen“ Betriebsrätekongreß zu erwarten? Nichts. Reichsarbeitsminister Brauns redet. Er kam in seiner Rede über Alltagsleben nicht hinaus. Auch Giesberts sprach. Er und die Diskussionsredner fanden das Betriebsrätegesetz in der bestehenden Form als ausreichend, was durch eine Resolution noch entsprechend bekräftigt wurde. Der Sympos, welchen die sozialreaktionäre „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ dem christlichen Kongreß lang, ist wohlverdient und deshalb erübrigt sich eine besondere Würdigung.

Über die Rede Stegerwalds über die Umformung des Parteiwesens erhalten wir noch folgenden Bericht:

Eine christlich-nationale Sammelpartei

Von August Erdmann

Im Oktober 1903 trat in Frankfurt a. M. der erste deutsche Arbeiterkongreß zusammen, eine Art Feiertag der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. In der Hauptfrage bestand er aus Vertretern der christlichen Gewerkschaften, denen sich die katholischen Arbeiter-, Gesellen- und Knappenvereine, die evangelischen Arbeitervereine sowie einige Organisationen ähnlicher und manchmal sehr zweifelhafter Art zugesellten. Um das Zustandekommen dieses Kongresses hatte sich insbesondere der geschäftige Herr Kumm, der christlich-sozialistische Vorkämpfer der evangelischen Richtung, verdient gemacht. Die Sache hatte einen stark politischen Beigeschmack, sie diente dazu, für den Gedanken eines christlich-sozialen Blocks, der vor allen Dingen zunächst bei den Wahlen in Tätigkeit treten sollte, zu werben. Schon unterhielten die Versammlungsgenossen Plüms im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen „nationalen Ar-

über diejenige aller Einweihstoffe — ist man zurzeit noch wenig unterrichtet.

Der andere Hauptbestandteil, der Zellen, ist von dem englischen Botaniker Robert Brown schon im Jahre 1838 entdeckt worden, ohne damals in den Augen der Gelehrten die Bedeutung gefunden zu haben, die ihm für die Lebenserscheinungen der Zelle zuzurechnen. Er dokumentiert sich unter dem Mikroskop als ein weißes, doch nicht notwendigerweise, im Zentrum der Zelle gelegenes, bläschenförmiges, zierlich scharf begrenztes Gebilde und stellt einen für die Entwicklungsfähigkeit der Zelle unbedingt erforderlichen Bestandteil derselben dar. Ohne Kern ist Leben und Fortpflanzung der Zelle nicht möglich. Virchow hat den Satz geprägt: „Omnis cellulae cellula“, um damit die Unmöglichkeit der sogenannten Urzeugung, der Entstehung belebter Materie aus unbelebter zu bezeichnen. Dieser Grundsatze der Biologie wurde von Virchows Mitschler zu dem folgenden erweitert: „Omnis nucleus a nucleo“ (Jeder Zellkern aus einem Zellkern). Damit ist ausgedrückt, daß nicht nur die Zelle, sondern schon der Zellkern unbedingt zur Erzeugung neuer Zellen erforderlich ist. Auch der Zellkern ist kein einfaches Gebilde; wie die Fortpflanzung mit Hilfe der sehr verfeinerten mikroskopischen Untersuchungsverfahren ergeben haben, ist dieser Bestandteil der schon an sich winzig kleinen Zelle wiederum aus mehreren, wohl voneinander unterscheidbaren Zellen zusammengesetzt. Der wichtigste davon ist das Chromatin, eine mit Unifanfaden leicht färbbare und so dem Auge gut erkennbare Substanz, die in der Regel über den ganzen Zellkern verteilt ist. Im Beginn der Zellteilung ordnet sich das Chromatin in ganz bestimmter, gesetzmäßiger Weise an; es zerfällt in eine für alle Zellen desselben Organismus gleiche und wiederum für jedes Lebewesen charakteristische Zahl von Stöcken, in die sogenannten Chromosomen. Der Viererplüms, ein zu Fortpflanzungszwecken vielbenutztes Lebewesen, besitzt deren 4 in jeder Zelle seines Organismus, Mensch und Ratte 16, Salamander und Frosch 24. Man hat dieses Wesen, welches mit größter Regelmäßigkeit Tier- und Pflanzenreich beherrscht, als Zahlengesetz der Chromosomen bezeichnet.

Die Organisation des Zellenstaates

Von Dr. Georg Wolff

I. Arbeitsteilung und Differenzierung.

Je mehr sich die Funktionen der einzelnen Organe vervollkommen haben, desto feiner ist die Struktur der Zelle, der biologischen Einheit im Reich des Lebendigen. Während bei den Einzelleben Lebensäußerungen in einer einzigen Zelle vereinigt sind, bilden sich bei den höheren Lebewesen immer deutlicher Zellverbände heraus, die zur Ausübung bestimmter Funktionen zusammengeordnet sind. Es beginnt die Differenzierung der Zelle. Einzelne dienen nur noch der Fortpflanzung, andere nur der Ernährung, wieder andere nur noch der Sinneswahrnehmung oder einer anderen Funktion. Damit wächst in gleicher Weise ihre Empfindlichkeit. Der Mechanismus der am höchsten differenzierten Zellen, eines der Nervenzellen oder der Muskelzellen des sich ununterbrochen kontrahierenden Organes oder der zellulären Elemente des Nervensystems, wird am leichtesten durch ein künstliches Agens außer Funktion gesetzt. In einzelliger Form ist beim Menschen von allen Organen das Gehirn zur Enttötung gekommen. Wenn wir uns Analogievorstellungen bedienen, ist es deshalb an die Spitze der Kette zu stellen, so finden wir auch darin die ununterbrochene Enttötung dieses Organs bestätigt, daß seine Funktion unzerstörlich oft durch Störungen unvollständiger Art beeinträchtigt ist.

Im Jahre 1858 begründete der Botaniker Matthias Schleiden die Zellenlehre; ein Jahr später folgte der Anatom Roderich Schwan mit der Behauptung, daß auch der Tierkörper in seinem Aufbau verschiedenen Organismen aus einzelnen Zellen besteht. Rudolf Virchow hat dann die Zellenlehre auf die Pathologie, auf die Lehre von den krankhaften Veränderungen der Organe, übertragen und in seinem berühmten Werk „Die Zellpathologie“ (1858) bewiesen, daß jede Krankheit eine Störung der pathologisch veränderten Zellen ist. Von Virchow rührt auch der Begriff des Zellenstaates

her, jener treffende Vergleich des aus zahllosen Einzelindividuen, den Zellen, zusammengesetzten Gesamtorganismus mit dem größten sozialen Gemeinwesen, dem Staat. Wie es in diesem zahlreichem Bezugs gibt, die weniger oder mehr voneinander verschieden sind, deren Angehörige schwere oder leichte Arbeit zu verrichten haben, so sind auch die Zellen im Zellenstaat in verschiedener Weise entworfen, je nach dem Dienst, den sie dem Körper zu leisten haben. Das Prinzip der Arbeitsteilung ist in weitestgehendem Maße im Zellenstaat durchgebildet. Der Muskel, der Knochen, die nervösen Organe, das Blut, sie alle sind in ihrem wichtigsten Bestand aus Zellen zusammengesetzt, die freilich untereinander große Verschiedenheiten zeigen. Die Zellen sind zu Verbänden zusammengeordnet, da sie in kompakter Majorität naturgemäß ihre Wirkungen besser entfalten können als einzeln verstreut. Die Gesamtheit der in einem Muskel vereinigten Muskelzellen, der Nervenfasern, der im Gehirn angeordneten Nervenzellen bilden derartige Verbände, wie sie auch in unserem Staatwesen zwischen den Angehörigen gleicher Berufs bestehen.

Welches ist nun das Charakteristikum der einzelnen Zelle? In Schleiden's und Schwann's Zeiten wurde allgemein als wichtigster Bestandteil der Zelle die sie umgebende und von anderen abgrenzende Zellmembran angesehen. Weil man sie für absolut wesentlich hielt, gab man dem kernen Gebilde auch die Bezeichnung „Zelle“. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Zellmembran ein recht unwesentliches Zellbestandteil ist, ja daß sie den meisten tierischen Zellen vollkommen fehlt. Von größter Wichtigkeit erweisen sich hingegen zwei andere Zellteile, die man freilich schon konnte, sogar schon vor der Begründung der zellulären Zelltheorie durch Schleiden und Schwann, aber gewöhnlich in ihrer Bedeutung unterschätzt hatte; das sind das Zellprotoplasma und der Zellkern. Das Protoplasma ist die eigentlich lebendige Substanz, der alle Lebensvorgänge ablaufen, also die Fähigkeit der Fortbewegung, der Empfindlichkeit und Fortpflanzung und auch eine gewisse Reizbarkeit. Das Protoplasma ist eine weiche zähflüssige Substanz, die aus verschiedenen Grundbestandteilen besteht und in der Zelle in bestimmter Form und Struktur angeordnet ist. Über die Chemie des Protoplasmas — wie

beiterwahlauschuh, dessen Aufgabe darin bestand, zu Wahlzeiten mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien in Verbindung zu treten und christlichsoziale Kandidaturen durchzusetzen. Dieser Ausschuh erließ Ende 1906 einen Aufruf zur Beschickung einer Konferenz, in dem es hieß:

„Es gilt der Öffentlichkeit zu zeigen, daß man es allgemein begriffen hat, daß nur durch einen großen christlich-nationalen Block, durch das Zusammenarbeiten der Konfessionen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine Hebung der Lage der Arbeiterschaft erreicht werden könne.“

Die von dem nationalen Arbeiterwahlauschuh ausgeschriebene Konferenz fand am 4. November in Eisen unter dem Vorsitz von Franz Behrens statt. Die Hauptrede hielt der christlichsoziale Arbeitersekretär Rafflenbeul, der einleitend betonte, daß sich in weiten Kreisen des Volkes das Verlangen nach Bildung eines christlichen Blocks geltend mache und daß es geradezu ein Gebot der Zeit sei, einen Zusammenstoß der großen christlichen Konfessionen zu gemeinsamer Arbeit auf sozialem und wirtschaftlichem Felde anzubahnen. Nur so könne mit Erfolg der sozialdemokratischen Flut entgegengearbeitet werden.

Sie ist immer nur die Rede von wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu erfüllen habe. Aber die Tatsache, daß derartige Dinge erwogen wurden in dem „nationalen Arbeiterwahlauschuh“, dessen politische Bedeutung durch seinen Namen und seine Aufgaben gekennzeichnet ist, läßt den politischen Hintergrund der Aktion deutlich erkennen. Deutlicher noch kamen die letzten Ziele der christlich-nationalen Wähler nach dem zweiten deutschen Arbeiterkongress, der im Oktober 1907 in Berlin stattfand, zutage. Damals schrieb Herr Riemann in „Welt“:

„Es ist eine große Stunde in unserm Volksleben... Es sind Tage von hoher Bedeutung für die christlich-nationale Arbeiter- und Hilfsenschaft, in deren Mitte wir stehen. Kein Politiker kann fortan seinen Blick auf die Arbeiterbewegung richten und dabei den starken christlich-nationalen Zug derselben übersehen. Die Zeit der sozialdemokratischen Mehrheit ist vergangen. Man mag mitunter fragen, ob hier nicht ein christlich-nationaler Block heraustritt, der größere innere Konsistenz hat als der gegenwärtige parlamentarische, jener Block, von dem Wismar in seiner letzten Reichstagsrede sprach: Ein Zusammenschluß der konservativen Richtungen mit Nationalliberalen und Zentrum.“

Das war recht deutlich. Die christlichen Gewerkschaftsführer, soweit sie zum Zentrum gehörten, hielten sich mit solchen Äußerungen bei derartigen Gelegenheiten zurück. Sie standen ja als Gewerkschaftsleute auf dem Boden der „politischen Neutralität“ und hatten als Parteimitglieder auf das Zentrum Rücksicht zu nehmen, das in politischen Dingen keine Eigenmächtigkeiten und Abweichungen duldet. Man weiß, wie dem Dr. Julius Bachem sein Artikel: „Wir müssen aus dem Turm heraus“ (März 1906), der das Zentrum aus seiner politischen Arbeitsstellung erlösen wollte, verachtet worden ist. Später allerdings, je mehr das Zentrum namentlich im Westen durch die Sozialdemokratie bedrängt wurde, durften derartige legerische Gedanken ohne Rüge geäußert werden. Auf der Generalversammlung des Augustinervereins der katholischen Presse im Januar 1911 meinte der damalige Volksvereinsdirektor Brauns (Waldbach), heute Reichsarbeitsminister, zur Geländung unseres politischen Lebens komme es darauf an, daß alles getan werde, um den rechts stehenden liberalen Parteien ein Zusammengehen mit dem Zentrum und den Konservativen nahe zu legen... Dementsprechend muß bei den Reichstags- und Landtagswahlen taktiert werden.“

Auf dem zweiten deutschen Arbeiterkongress trat der Verband evangelischer Arbeitervereine Württembergs mit einem Antrag hervor, daß der Kongress sich für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts auch für die Landtage aussprechen solle. Dem trat Stegerwald entgegen mit dem Einwand, daß der Kongress sei eine Arbeiter-, keine politische Tagung; er könne sich mit einer politischen Frage, wie dem Wahlrechtsantrag, nicht beschäftigen. Der Antrag wurde zurückgezogen. Heute kennt Herr Stegerwald solche Bedenken nicht mehr. Er hält auf dem christlichen Gewerkschaftskongress, der vom 20. bis 24. November in Eisen tagte, eine Rede, die nicht mehr noch minder bezweckt als die Umänderung, die Neugestaltung des ganzen Parteilebens.

Mit dem jetzigen Parteileben, so äußerte sich der ehemalige Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und jetzige preußische Wohlfahrtsminister, kämen wir nicht zum Aufstieg, zum Wiederaufbau, zur Erneuerung Deutschlands. Das sei nur möglich durch eine gemäßigte Partei, die mindestens so stark sei wie die mehrheitlich sozialistische. Sie könne nur Bestand haben, wenn sie beruhe auf der Zusammenfassung der christlichen, vaterländischen, volkstümlichen und wahrhaft sozial gesinnten Kräfte aus allen Volksschichten. Keine neue Klassenpartei, keine besondere Partei der christlich-nationalen Arbeiter, sondern eine einheitliche und politisch geschlossene Siedengemeinschaft zwischen der gemäßigten Arbeiterbewegung und allen übrigen Volksgenossen, die im gleichen Sinne wie die christlichen Gewerkschaften an Deutschlands Wiederaufbau und Erneuerung arbeiten wollen.“

Man sieht, Stegerwald nimmt die Gedanken von Mümm und Brauns wieder auf und sucht sie für den Wiederaufbau Deutschlands zu verwenden. Es ist ein Sammelruf im Dienste der Reaktion, die sich immer mehr mit dem „christlichen“ und „nationalen“ Mantelchen zu bekleiden pflegt und an deren Wesen nichts geändert ist, wenn sie zudem noch als „demokratisch“ und „sozial“ auftritt. Und das Unternehmen des Herrn Stegerwald richtet sich, wie leicht zu erkennen, gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, die ihm, dem Zentrumsmanne, der er ist und bleibt, natürlich als der Feind gilt.

Während sich die Zellteilung vollzieht, teilt sich auch jedes einzelne Chromosom der Länge nach in zwei vollkommen symmetrische Hälften, von denen je eine in die beiden Zellprodukte der Zellteilung übergeht. Auf diese Weise wird bewirkt, daß die Anzahl der Chromosomen in den Zellen stets unverändert bleibt, also auch durch die häufigen Zellteilungen nicht vermindert wird. Das Chromatin ist später als Vererbungsstoff, die einzelnen Chromosomen als Vererbungsstücke bezeichnet worden. Nachdem diese Bedeutung des Chromatins lange vermutet wurde, ist es in neuerer Zeit gelungen, namentlich durch die geistvollen Versuche des Biologen Theodor Boveri, diese Annahme experimentell zu beweisen. Auch die weiblichen Ei- und männlichen Spermienzellen besitzen nämlich die für jede Tierart charakteristische Anzahl von Vererbungsstücken. Vor der Befruchtung, wie sich in der Weise vollzieht, daß sich die beiden Zellen zu einer einzigen vereinigen, reduzieren jedoch diese Zellgattungen (Ei- und Spermienzelle) die Zahl ihrer Chromosomen auf die Hälfte. Der Grund, aus dem die allweise Natur zu diesem in allen Zellteilungsprozessen einzig dastehenden Vorgang veranlaßt wird, ist leicht einzusehen. Würden die Chromosomen der Ei- und Spermienzelle nicht in ihrer Zahl um die Hälfte vermindert, so würde durch ihre Kopulation (Vereinigung) eine Zelle entstehen, die doppelt soviel Chromosomen besitzt, wie für die betreffende Tier- oder Pflanzenart charakteristisch ist. Dies zu verhindern, hat die Natur, deren zweckmäßiges Vorgehen wir zu bewundern hier wieder Gelegenheit haben, jene Zwischenperiode eingeführt, die als die Reifung der Spermienzellen (bei männlichen) und der Eizellen (bei weiblichen) bezeichnet worden ist. Dieser Reifung ist der erste gewesen, der die an den Geschlechtszellen sich vollziehenden Befruchtungsvorgänge genauer studiert und an den Ei- und Spermienzellen der Seeigel unter dem Mikroskop beobachtet hat.

Theodor Boveri ist es nun durch eine Reihe kunstvoller Versuche gelungen, die durch Spermienzellen befruchteten Eier von Seeigeln eines Teiles ihrer Chromosomen zu berauben. Er erhielt auf diese Weise im Laufe der Jahre Embryonen, die hochgradige Defekte aufwiesen.

Nun hat es mit der neuen Partei ja noch seine guten Wege. Zunächst besteht sie ja nur im Kopfe von Adam Stegerwald und in der Beschließung des Essener christlichen Gewerkschaftskongresses. Aber gleichviel, was aus der Aktion wird; die sozialistische Arbeiterkraft, die ihrerseits alle Kräfte aufzubringen hat, um der sich sammelnden und erstarrenden Reaktion die geschlossene Kampflinie des Sozialismus entgegenzustellen.

Zur Verschmelzung des Arbeiterbundes mit dem Gewerkschaftsbund der Schweiz

Von W. Rudner

Am 16. Oktober beendigte der schweizerische Gewerkschaftsbund in der „Grand salle de la Rotonde“ in Neuchâtel seinen Kongress. Die großen taktischen Streitfragen fanden auch hier ihre Vertreter und Gegner und die Sozialarbeiter führten wie immer die Opposition. Von den eigentlichen Verhandlungen soll hier nur soviel gesagt werden, daß der Gewerkschaftsbund mit seinen 225 000 Mitgliedern sein 40-jähriges Jubiläum feierte, daß der Antrag, eine Einheitsorganisation zu schaffen, abgelehnt und gegen die Sabotage der Behörden in der Arbeitslosenfrage protestiert wurde; desgleichen wurde die Regierung, die der russischen Delegation die Einreise verweigerte, scharf angefaßt.

Das weitere „Traktandum“ (Punkt der Tagesordnung), wie man in der Schweiz sagt, „Gewerkschaftsbund und Arbeiterbund“, das uns heute besonders interessieren soll, fand seine Erledigung dadurch, daß der Arbeiterbund dem Gewerkschaftsbund angeschlossen werden, jedoch der Leitung unseres alten Genossen und Pioniers Hermann Gruelich in Zürich weiter verbleiben soll. Zur weiteren Ausgestaltung verlangen aber unsere Genossen eine Bundeskonvention von 70 000 Franken. Der Arbeiterbund in der Schweiz, der in seiner Art wohl einzig dasteht, ist außerhalb des Landes fast unbekannt geblieben und nach 33-jährigem Bestehen wird er bald aufgehört haben, seine interpolitische und interwirtschaftliche, sogenannte neutrale Organisationsform weiter selbständig zu wahren. Die Vorgeschichte des schweizerischen Arbeiterbundes ist folgende:

Am 10. April 1887 wurde diese Körperschaft gegründet, die den Zweck hatte, die gemeinsame Vertretung aller wirtschaftlichen Interessen der gesamten schweizerischen Arbeiterklasse zu wahren. Die Organisation war keine sozialistische, auch keine rein gewerkschaftliche, sondern schloß alle Arbeitervereine und Verbände der verschiedensten Zweige und Richtungen in sich. Natürlich waren alle unsere freien Gewerkschaften u. a. darin und so waren sie in der Lage, kraft ihres numerischen Übergewichts einen gewissen Einfluß auszuüben.

Die Organe waren der aus 60 Mitgliedern bestehende Bundesvorstand, der leitende Ausschuß und der wichtigste Teil, das Sekretariat, das seit 1900 in Zürich besteht. Die Vereine als Mitglieder hatten finanziell nichts zu leisten, denn die Kosten trug die Regierung! Anfänglich belief sich die gewählte Subvention auf 10 000, wurde aber erhöht bis auf 30 000 Franken und die nun auf 70 000 Franken gebracht werden soll.

Der Arbeitertag versammelte sich in ordentlicher Weise alle drei Jahre und behandelte die aus der Not der Zeit und der Klassenlage sich ergebenden Fragen, von denen einige hier chronologisch erwähnt werden sollen: Kranken- und Unfallversicherung, Revision des Fabrikgesetzes, internationaler Arbeiterkongress, Tabakmonopol, unentgeltliche Krankenpflege, Wpfrrecht, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsnachweis, Förderung des Gewerkschaftswesens, Zollerz, Vereinsrecht. Man diskuterte öfter über die Neutralität der Gewerkschaften, Eingaben an die Regierung zur Hebung der verfallenden Miete wurden veranlaßt und während des Krieges ging der Bund, meistens mittelnot und Leuerung vor. In gemeinsamen Kundgebungen und Versammlungen wurde das notleidende Volk aufgerufen und zur Abwehr und Abhilfe veranlaßt.

In der Spitze dieses Bundes steht seit seiner Begründung unser Genosse Hermann Gruelich als leitender Sekretär. Da er durch seine politische Tätigkeit diverse parlamentarische Mandate inne hatte, so konnte er auch stets politisch für die Forderungen des ihm unterstellten Bundes eintreten.

Vorstand und Ausschuh waren der Richtung nach parteilich beteiligt und die Fraktion der Christlichen versuchte „christliche“ Methoden einzuführen und sie wendeten sich immer dagegen, daß in forschender Art und Manier das soziale Elend bekämpft und beim richtigen Namen benannt werde. Getreu ihrem biblischen Leitmotiv: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, wandten sich die Herren Christlichen dagegen, daß der Bund etwa Klassenkampf treiben dürfe, noch allzu viel und enge Gemeinschaft mit den Gewerkschaften und der sozialistischen Partei eingehen soll. Das führte immer zu keinen Reibereien, aber unsere Genossen in der Majorität wollten die reaktionären Vorstände stets ab. Insbesondere war diesen Leuten unser Gruelich unbecom, besser „jange Richtung“ ihnen nicht paßte. Aber gegen diesen hervorragenden Funktionär der schweizerischen Arbeiter offen anzutreten, getrauten sie sich nicht, denn der Versuch wäre erfolglos geblieben. Nun ist diese Zwangszuge aufgefloren. Die Christlichen zogen sich zurück und traten aus dem Bund aus. So kam vom Arbeiterbund selbst der Vorschlag, ihr Sekretariat dem schweizerischen Gewerkschaftsbund, der Organisation der freien Gewerkschaften, anzugliedern und eine Verschmelzung beider herbeizuführen. Der Kongress hat dem auch zugestimmt.

Damit scheidet der schweizerische Arbeiterbund als selbständige Organisation zur Hebung der allgemeinen Lage der Arbeiterklasse aus und die sich daraus ergebenden Konsequenzen verdienen vollstes Interesse. Das Ende dieser Organisation beweist, daß es nur ein Lieben oder Drüben gibt. Jede Verflechtung gegenfälliger Interessen wirtschaftspolitischer Natur führt zu unnatürlichen Verhältnissen und ist zum Untergang verurteilt.

Einem fehlte die Knochenanlage, einem andern das Nervensystem, einem dritten wieder ein anderes Organ; alle waren in hohem Maße mißbildet. Damit war experimentell bewiesen, daß die Chromosomen in der Tat die Vererbungsstücke des mütterlichen und väterlichen Organismus sind, daß jedes von ihnen eine bestimmte Anlage des neuen Lebewesens repräsentiert und daß das Fehlen des einen oder anderen Chromosoma zu irreparablen Organdefekten führt. Es zu einem gewissen Grade wird durch diese Beobachtung erklärt, daß Kinder in einigen Eigenschaften dem väterlichen, in anderen dem mütterlichen Erzeuger ähneln; die befruchtete Eizelle enthält von dem väterlichen und mütterlichen Organismus die gleiche Anzahl von Vererbungsstücken. In welcher Weise die genauere Kombination erfolgt, die schließlich zu dem Endresultat führt, wie sie sich in den neuen Eigenschaften des jungen Organismus darbieten, wird sich unserer Kenntnis allerdings noch entziehen.

Wir haben gesehen, daß die Zellen durchaus nicht so einfache Gebilde sind, wie die Begründer der Zelllehre, Schwann und Schönan, glaubten, daß eine wichtige Reihe von Lebensprozessen sich in dem Zellkern abspielt, einem Zellbestandteil, dessen Bedeutung man im Anfang ganz unterschätzte. Nicht die Zellmembran, die zwar dem Zellgebilde seinen Namen gegeben hat, im übrigen aber nur bei einer beschränkten Zahl von Zellen vorhanden ist, sondern das Zellprotoplasma, die Lebenssubstanz, par excellence, und der von ihm eingeschlossene Zellkern sind nach dem heutigen Stand der biologischen Forschung die wesentlichen Zellteile. Die Zellen, abgesehen von einzelligen Lebewesen, sind Angehörige eines meist nach Milliarden von Einwohnern zählenden Zellstaates. In ihm ist das Prinzip der Arbeitsteilung der vornehmste Grundgedanke geworden; deshalb kommt der einzelnen Zelle nur eine nach einer bestimmten Richtung hin ausgebildete Funktion zu, diese allerdings in sehr vollendeter Weise. Sie ist entweder Muskelzelle oder Nervenzelle oder dient den Sinnesempfindungen als Sinneszelle, die nicht identisch mit der geschmacklichen Nervenzelle ist, oder als Geschlechtszelle der Fortpflanzung oder hat noch andere Aufgaben. Sie vermag jedoch auch vollkommen für sich

Trotz der offensichtlichen Tatsache, daß solche neutralen Organisationsgebilde im Zeitalter des rücksichtslossten Klassenkampfes zum Lode verurteilt sind, schlossen deutsche Gewerkschaftsführer mit den gefährlichsten Schachmattorganisationen an der Spitze, vertreten durch ihren geliebten Schutzbüro Dr. Reichert, einen Versuch, genannt „Arbeitsgemeinschaft“, die ihren Aufgabekreis beträchtlich folgendermaßen u. a. formuliert:

„Durchdringung von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitige eintätige Zusammenarbeit verlangt, schließt sich die Organisation der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.“

Wir wissen ja, welche staats- und wirtschaftsretternden Motive unsere Gegner beim Abschluß dieser Gemeinschaft hatten. Von Gegnern und den übrigen Geburthshefem aus Arbeiterkreisen hätte man mehr erwarten können. Wenn nun die deutsche revolutionäre Gewerkschaftsrichtung den Kampf gegen diese Arbeitsgemeinschaft aufnahm, so wird die Möglichkeit dieser Taktik bewiesen auch durch das Ende des schweizerischen Arbeiterbundes. „Konstitutionelles“ Fabrikwesen und Harmonieapostel müssen für uns erledigt sein und jene Arbeiterschaften, deren politisches Existenzium nur dazu reicht, um gelbe und christliche Verbände zu bedecken, werden allgemein aufgegeben. Dasselbe gilt für die Propagandare der Arbeitsgemeinschaften. All dies beweist uns der Schweizer Vorgang, der hier geschildert wurde.

Für die schweizerischen Arbeiter wird die Verschmelzung der beiden Sekretariate resp. der beiden Bünde von eminenter Bedeutung sein und der Emanzipationskampf wird dadurch erleichtert und wesentlich gefördert werden. Es liegt nun an der Arbeiterschaft der einzelnen Länder, aus der Geschichte zu lernen und das Beispiel aus der Schweiz entsprechend zu werten. Dann werden wir uns bald von allen Hemmungen, Schlägen und Halbheiten befreit haben.

Christliche Klassenolidarität

Während allenthalben die Arbeiterschaft unter Konkurrenz und Arbeitslosigkeit zu leiden hat, die Zahl der Erwerbslosen nicht geringer wird, verlängert man an anderen Stellen die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit. In Menden (Kreis Herten) jetzt die Firma S. Riffing, Devotionalienindustrie, im Einverständnis mit dem Betriebsrat für die 240 Mann starke Belegschaft die Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden herauf, wie folgender Anschlag am schwarzen Brett bekanntgibt:

„Durch das freiwillige Angebot der Arbeiter, überstunden zu leisten, wird die Arbeitszeit ab 15. 10. 20 wie folgt geregelt: Vormittags von 7 bis 12 Uhr, nachmittags von 1 bis 7 Uhr. Je eine Viertelstunde Pause des Vormittags und Nachmittags. Der Betriebsrat.“

Dies Beispiel zeigt uns, wie die Betriebsräte gegen die Arbeiterinteressen auszuspielen werden. Es muß als Verrat an der Klassenolidarität hingestellt werden, wenn eine Gruppe Arbeiter beschließt, 10 Stunden zu arbeiten, während in der nächsten Umgebung hunderte Arbeiter brotlos auf der Straße liegen. Es heißt, daß die Arbeiter der Riffingschen Fabrik den Versuch der Firma, Leute einzustellen, abgelehnt hätten. Insbesondere die Schneider, die noch annehmbare Löhne im Altord erzielen, wehrten sich gegen „Neue“ im Betrieb. Das Rängerarbeiten sei nur eine vorübergehende Erscheinung und dann müßten diese sehr Eingestellten wieder entlassen werden. Für 2 1/2 Monate sind die Überstunden zunächst vorgesehen. Um die Arbeit bei täglich mehr geleisteten Überstunden von 240 Arbeitern gleich 480 Arbeitsstunden durch Neueinstellungen auszugleichen, könnten 60 Arbeitslose in Lohn und Brot gebracht werden. Soll dies „praktisches Christentum“ sein? Man sorgt für sich und läßt den Nächsten hilflos am Wege sterben. Der in Frage kommende Betrieb ist bis auf einen Rest von 15 bis 20 Mann „christlich“ organisiert. Abertrünchte christliche Nächstenliebe! Heuchler, die in Haus und Kirche frömmelnd knien und nieselnd beten, draußen auf dem Markt des Lebens ihrer Brüder Wohl getreten. Dieselben Leute, die unter dem Einflusse der christlichen Gewerkschaftsführer gegen den „materialistischen“ Sozialismus zu Felde ziehen, entpuppen sich als eigenmächtige Egoisten vom reinsten Wasser.

Man sollte meinen, die Gewerkschaften in Herten wäre gegen die Arbeitszeitverlängerung angelehnt der vielen Arbeitslosen im nahen Herten eingeschritten. Mag schon möglich sein, daß man uns entgegnet, aus räumlichen oder betriebstechnischen Gründen kann die Arbeiterzahl nicht vermehrt werden. Die hohen Saluta- und anderen Vorteile der Firma (es handelt sich in der Hauptsache um eine Exportfirma) ermöglichen es sehr leicht, Einrichtungen zu treffen, um anstatt überzuarbeiten, Arbeiter einzustellen. Statt dessen sehen wir, wie die geschäftlichen Organe, Betriebsrat und Gewerbeinspektion, ihre Aufgaben gemäß Betriebsratsgesetz § 66 Ziffer 1 so auffassen, indem man glaubt, durch Arbeitszeitverlängerung für möglichste hohe Wirtschaftlichkeit des Unternehmens sorgen zu müssen. Dieser Fall bei der Firma Riffing in Menden wird Schule machen. An die Arbeiterschaft anderer Betriebe tritt man heran, länger zu arbeiten. Gewerkschaftlich gesputete Arbeiter lehnen jede Überarbeit ab, solange ein großer Teil ihrer Arbeitsbrüder auf der Straße liegt. Nur solche Überarbeit, die im Interesse der ungelösten Arbeiterführung des Betriebs nötig ist, muß geleistet werden. Die Arbeiterschaft muß auch noch aus einem anderen Grunde das Angebot der Unternehmer ablehnen. Unser Industriebezirk hat die niedrigsten Löhne. Je mehr Überstunden gemacht werden, um so schwieriger der Kampf um jeden Pfennig Lohnerhöhung. Deshalb muß jedem Versuch der Verlängerung der Arbeitszeit widerstanden werden jetzt und immerdar. An den Kollegen muß es liegen, diesen neuesten Verrat der „christlichen“ Ausschüssen in den Betrieben entsprechend auszuweichen.

zu leben; die zahllosen einzelligen Lebewesen, die Protozoen (einzellige Tiere) und Protobhyten (einzellige Pflanzen) beweisen das. Bei diesen einfachsten Lebewesen sind alle Lebenssymptome auf eine einzige Zelle beschränkt oder, was ebensoviel bedeutet, in einer einzigen Zelle konzentriert. Ihre Lebensäußerungen sind darum primär im höchsten Maße, denn das Prinzip der Arbeitsteilung ist in diesen Regionen des Lebens noch unbekannt. Dennoch sind beispielsweise alle charakteristischen Lebensäußerungen auch am niedrigsten Tier vorhanden. Der Einzeller vermag sich selbständig zu bewegen, zu ernähren und fortpflanzeln und ist gegen Reize empfindlich, besitzt also einen, wenn auch niedrigen Grad nervöser Erregbarkeit.

Das Wesen der Lebensäußerungen unseres Verstandes näher abzurufen, auf eine geeignete Weise etwa als chemisch-physikalische Reaktion zu erklären, ist bis heute an einzelligen Protozoen so wenig gelungen wie an irgendeinem hochdifferenzierten Organismus. Freilich haben wir in neuerer Zeit wichtige Fortschritte gemacht. So verbanden wir namentlich Jacques Voez grundlegende Forschungen auf experimentell-biologischem Gebiet. Ihm ist es gelungen, Eizellen ohne vorherige Befruchtung bis zu einem gewissen Entwicklungsgrad zu bringen, lediglich durch Änderung der physikalisch-chemischen Verhältnisse. Carrel hat neuerdings gezeigt, daß auch die schon ausgebildeten Organzellen außerhalb des tierischen Organismus weiter zu leben imstande sind, sich sogar vermehren, wenn sie unter geeigneten Ernährungsbedingungen gebracht werden. Wir sind also imstande, lebende Zellen auch außerhalb ihres Zellverbandes weiter zu züchten, indem wir sie, gerade wie wir es mit Bakterien und anderen Einzellern tun, auf geeignete Nährböden verpflanzen. Aber stets gehen wir dabei von der belebten Zelle aus. Das Wunder der Lebensentstehung selbst zu erklären, ist am Protisten so wenig möglich wie am hochorganisierten Lebewesen. Hier sind unserer Erkenntnis Grenzen gesetzt, über die hinweggelangen vorläufig noch wenig Aussicht besteht.

(Schluß folgt.)

Die Arbeitslosigkeit in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der Woche vom 7. bis 18. November 1920 sind zu den Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in der Eisen- und Metallindustrie aus 877 Orten Berichte eingegangen, die sich auf 14607 Betriebe mit 1125440 Beschäftigten erstrecken. Von diesen waren 18218, das sind 92,1 Prozent Betriebe und 962014, das sind 85,1 Prozent Arbeiter vollbeschäftigt. 156 = 1,1 Prozent Betriebe mit 9816 = 0,9 Prozent Arbeitern waren stillgelegt, in 978 = 6,8 Prozent Betrieben mit 108212 = 10,1 Prozent Arbeitern wurde verkürzt gearbeitet. Von 255 Betrieben mit 45908 Arbeitern liegen nähere Angaben nicht vor und sind diese in die Berechnungen nicht einbezogen. Ein Vergleich mit der Vorwoche ergibt folgendes:

	Vorwoche		Berichtswoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Vollbeschäftigt	91,8	88,2	92,1	89,0
Stillgelegt	0,8	0,9	1,1	0,9
Kurzarbeit	7,9	10,9	6,8	10,1

Aus den Ziffern geht hervor, daß sich die Zahl der Vollbeschäftigten etwas vermehrt, die der verkürzt Arbeitenden etwas vermindert hat. Die sich die Beschäftigung innerhalb der einzelnen Bezirke in der Berichtswoche gestaltete, geht aus folgender Übersicht hervor:

Bezirk	Betriebe	Arbeiter	Vollbeschäftigt		Stillgelegt		Kurzarbeit		
			Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	
Königsberg	16	184	14185	181	18748	—	—	8	187
Stettin	32	586	22076	418	21478	8	129	11	868
Breslau	30	247	75007	168	53581	5	856	16	8170
Brandenburg	29	449	84667	864	26587	9	147	77	7933
Dresden	87	912	104656	728	84199	11	681	174	19355
Gesamt	25	638	49217	541	32298	26	480	72	10997
Hannover	20	418	50517	848	46110	—	—	80	4104
Halle	27	710	78525	699	75768	1	40	10	2722
Hamburg	29	4592	118456	4531	116813	4	222	49	1020
Wiesbaden	6	221	26807	211	25745	2	67	8	495
Essen	11	558	199469	523	174788	1	60	5	2572
Sagen	7	468	42935	386	33064	8	60	79	9811
Söln	4	78	18754	72	18501	1	60	5	198
Frankfurt/M.	30	829	98378	784	83904	29	592	124	10087
Stuttgart	42	676	111589	585	92960	7	797	85	17792
München	32	2891	86728	2709	69135	55	6181	280	17411

Zus. [377] 14607 | 1125440 | 18218 | 962014 | 156 | 9816 | 978 | 108212

Die Verkürzung der Arbeitszeit wegen Anfrühen oder an Rohstoffen in den erfaßten Betrieben ist folgenden Zahlen zu entnehmen, denen wir die Zahlen über die gleiche Erhebung in der Vorwoche gegenüberstellen.

Die Arbeitszeit in den verkürzt arbeitenden Betrieben beträgt und betrug:

	in der Vorwoche		in der Berichtswoche	
	für Betr.	für Arb.	für Betr.	für Arb.
42 bis 45 Stunden	152	20942	85	10923
38 - 41	347	51512	206	44211
32 - 35	285	29301	246	28020
24 - 31	312	20428	232	20571
unter 24	75	4975	44	5287

Ein Überblick ergibt sich für diese Zahlen erst durch Berechnung der Verhältniszahlen. Es hatten von je 100 Kurzarbeitern eine Arbeitszeit von:

	in der Vorwoche		in der Berichtswoche	
	in d. V.	in d. B.	in d. V.	in d. B.
42 bis 45 Stunden	17,28	10,50	42,51	—
38 - 41	42,52	—	22,13	—
32 - 35	19,24	—	18,78	—
24 - 31	16,86	—	5,08	—
unter 24	4,10	—	—	—

Die Zahl der Betriebsmitglieder in den in der Berichtswoche beschriebenen 877 Orten belief sich auf 864714. Von diesen waren 18815 arbeitslos, 68270 Kurzarbeiter, das sind 2,2 und 7,8 Prozent gegen 2,2 und 8,5 Prozent in der Vorwoche. Reichsarbeitslosenunterstützung bezogen 13325 Arbeitslose und 7197 Kurzarbeiter. Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln des Verbands wurde in der Berichtswoche 184549 Mt. ausbezahlt.

Die gegen die Vorwoche höhere Unterstützungssumme und höhere Zahl von Arbeitslosen ist nicht auf eine Verzögerung der Arbeitslosigkeit, sondern auf bessere Erfassung der überhaupt vorhandenen Arbeitslosen und Kurzarbeiter zurückzuführen. Es ist zu wünschen, daß sich die Berichterstattung noch bessert; immer noch fehlen bedeutende Orte in der Zusammenstellung. Ohne diese Orte ist eine Darstellung der Arbeitslage in der gesamten Eisen- und Metallindustrie nicht möglich.

Praktisches Zusammenarbeiten der Betriebsratsmitglieder mittlerer und großer Werke

Das Betriebsratsgesetz ist nun schon fast ein Jahr in Kraft. Auf der ganzen Linie versuchen die gewählten Vertreter der Hand- und Kopfarbeiter, Promiarbeiter im Interesse ihrer Kollegen zu wirken. Das Gesetz gibt uns nicht das, was wir als gleichberechtigter Partner im Wirtschafts- und Produktionsprozess verlangen können.

Die Verständigungslosigkeit gegenüber dem Vorgesetzten und kapitalistischer Konkurrenz gegenüber dem Volksgenossen sowie auch deren Gegnerschaft gegenüber den Hand- und Kopfarbeitern verhindert sie, letzteren ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess zu gewähren. Damit verhindert der Kapitalismus aber auch das Interesse eines großen Teils unserer Volksgenossen, am Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuwirken. Für diese Aufgabe ist angesichts der Meinung dieser Vertreter der Hand- und Kopfarbeiter noch nicht reich. Er war aber reich, die ungenutzten Kräfte des beispiellosen Weltkrieges zu tragen und die jenseitigen Kräfte und Kräfte der Konzentration trotz seines nun fangender ausgenutzten Körpers auf sich zu nehmen.

Insamt der Hand- und Kopfarbeiter einen klaren Einblick in unser Wirtschaftsleben zu geben — Rechte, die wir fordern können, um so das Interesse jedes Einzelnen zu fördern, gleichzeitig ein Volk von Arbeitern, in Not und Elend zusammengekauert, zu höheren Formen des Lebens hinaufzuführen, gleich den alten Griechen —, versucht man leider mit Erfolg, gegen die Interessen der Mehrheit des Volkes, bei allen Ersparnissen der kapitalistischen Wirtschaft auf Erden wieder in die Höhe zu bringen. Die Hoff auf Geld und Profit schlägt die Hoff auf den Wohlstand, verhindert den Wiederaufbau, und weil kein Mitbestimmungsrecht, wird das Interesse jeder ungenutzten Kräfte der Hand- und Kopfarbeiter, lebhaften Anteil zu nehmen am Wiederaufbau unseres Volkes, geschnitten. Das ist das größte aller Unglücke, das wir erdulden müssen. Die Klassengegensätze verschärfen sich, der Klassenkampf wird erbitterter geführt und letztes Endes wird doch der Sieg zusehen sein im Interesse der Mehrheit, aber er geht durch ein Meer von Blut und Tränen, was aber unabweisbar sein muß.

Zu Größe dieser Verantwortlichkeit ist das Betriebsratsgesetz entstanden. Bei der praktischen Betätigung der Betriebsräte haben diese viele Aufgaben und Pflichten, die es ihnen fast unmöglich machen, erfolgreiche praktische Arbeit leisten zu können. Das Gesetz als Grundlage benutzt, ist es Aufgabe der Betriebsräte, dem Gesetz im höchsten Maße abzugeben, was das Gesetz uns verlangt hat. Wir haben deshalb schon den Zusammenschluß der Betriebsräte auf organisatorischer Grundlage. Das genügt aber nicht. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Betriebsräte der großen Konzerne innerhalb ihres eigenen Unternehmens in fester geschäftlicher Verbindung bleiben. Sie müssen sich gegenseitig kennen lernen, sie müssen wissen, wo die Erz-, Kohlen-, Eisenerz- und dergleichen Betriebe ihres Konzerns liegen, sie müssen in telephonischer oder schriftlicher Verbindung miteinander stehen und, wenn möglich, auch in jährlichen Zusammenkünften, um in einem regen Gedankenaustausch sowohl die Größe des Unternehmens, als auch, soweit wie möglich, die Produktionsverhältnisse und die Geschäftslage des Konzernunternehmens kennen zu lernen. Die Betriebsräte müssen sich gegenseitig in diesen Beziehungen unterstützen und fördern. Ferner ist es erforderlich, wo Werke desselben Konzerns nahe beieinanderliegen, zu einem gemeinsamen Betriebsrat zusammenzutreten, um so Fragen zu lösen, die über den Rahmen des einzelnen Werkes hinaus für das Gesamtwerk von Bedeutung sind. Neben diesen großen Aufgaben, die ohne Zweifel an die Betriebsräte herangetragen werden, gibt es noch andere Aufgaben für Betriebsratsmitglieder mittlerer oder großer Werke innerhalb ihrer Werke selbst. Nehmen wir beispielsweise ein Werk mit 100000 Beschäftigten mitgliedern, das in mehrere zusammenhängende Abteilungen zerlegt ist. Der alte Arbeiterausschuss sah hier eine genügende Vertretung vor. Leider entfallen auf Grund des Betriebsratsgesetzes hier nur wenig über 20 Mitglieder. Die einzelnen Betriebsratsmitglieder stehen in viel zu loser Verbindung miteinander. Es genügt nicht, wenn sie und bei mal eine Sitzung stattfindet. Anträge und Vorschläge mehr generell durchzuführen oder den errichteten Sachkommissionen übermitteln werden.

An die einzelnen Mitglieder des Betriebsrates treten oft in den einzelnen Abteilungen förmlich Anträge und Fragen heran, die dann innerhalb der Abteilung ihre Erledigung finden, von denen der Vorstand oder die anderen Betriebsratsmitglieder nichts erfahren. Es erweist sich oft als sehr schwierig, oder, da nichts schriftlich niedergelegt, verfallt es der Vergessenheit. Das macht ein Hand-in-Hand-Arbeiten unmöglich. Ebenso steht der Vorstand des Arbeiterausschusses da. Daß bei einer solchen Geschäftsführung sowohl der Vorstand wie die einzelnen Mitglieder die Materie nicht beherrschen, ist klar und führt zu keinem guten Ende.

Die einzelnen Betriebsratsmitglieder müssen deshalb neben ihrer Tätigkeit in der Sachkommission in den ihnen überwiesenen Abteilungen ein gut funktionierendes Vertrauensmännersystem errichten. Die durch einen Mann in jeder Abteilung vertretenen Vertrauensmänner haben die Anträge und Vorschläge ihres Betriebsratsmitgliedes mit durchzuführen zu helfen. Jeder Mann oder Vertrauensmann wirkt nur in seiner Abteilung; es ist Sache des Vorstandes des Betriebs- oder Arbeiterausschusses, sämtliche Vertrauensmänner der Abteilungen je nach Bedarf zusammenzurufen und ihnen Richtlinien u. dergl. zu geben. Des Weiteren ist es notwendig, soll der Vorstand oder jedes einzelne Mitglied der Räte bis ins kleinste im Werk unterrichtet sein und demnach das Werk überfliegen zu können, daß die einzelnen Betriebsrats- oder Arbeiterratsmitglieder Anträge und Vorschläge, die sie innerhalb ihrer Abteilungen erheben, schriftlich niederlegen und durch Abschrift dem Vorstande auszuhandeln, die Personalien ihrer Vorgesetzten führen, ebenfalls eine Abschrift einreichen, ferner Protokolle der Betriebsratsversammlungen genau führen, auch diese müssen durch Abschrift auf dem Vorstandsbüro niedergelegt werden und bezuglich mehr. Es ist das viel Arbeit, aber im Interesse des Hand-in-Hand-Arbeitens notwendig, soll der Vorstand und jedes Mitglied genau informiert sein. Es erhebt unendlich viel Mühe und mündliche Besprechungen, die die Geschäfte des Betriebsrats oft erdrücken. Es erhebt ferner die Tatsache, die wir leider oft verzeihen sehen, daß die eine oder andere Abteilung diese und jene Vergünstigung hat, von der die andere Abteilung nichts weiß, was auch oft zu Streitigkeiten führt.

Alle Anträge und Vorschläge müssen sowohl schriftlich in den Abteilungen, wie auf dem Vorstandsbüro durch Abschrift niedergelegt sein. Vorteilhaft ist die Errichtung einer Kartothek auf dem Betriebsratsbüro. Soweit selbständige Abteilungen vorhanden sind, soweit Führer werden errichtet, gekennzeichnet durch den Namen der Abteilung. Diese Führer sind wieder zu teilen in kleinere Ressorts. Anträge oder Abschriften, die einlaufen, sind zu nummerieren und je nach der Art, ob Lärme, Personalien, Betriebsveranstaltungen, Betriebsverhältnisse oder sonstiges der Ressorts einzuwerfen. Wird so das organisatorische Zusammenarbeiten ermöglicht, so ist nicht nur der Vorstand über alles unterrichtet, sondern auch sämtliche Mitglieder des Betriebsrats wissen Bescheid. Diese so wichtige Meinarbeit ist notwendig, um dann an höhere Aufgaben herantritt zu können.

W. H. Diekmann (Dachau).

Wfa-Vorstandskonferenz

Am 6. und 7. November tagten die Gesamtvorstände aller an die Wfa angefallenen Verbände in Berlin im Festsaal des früheren Generalkonzerne, um in mehrstündigen eingehenden Beratungen die Richtlinien für die künftige Reorganisation des freigewerkschaftlichen Kartells festzulegen. Auf Grund der für das Wfa-Programm und die Lösung gefassten Beschlüsse wird eine Sachkommission in kürzester Frist eine Vorlage ausarbeiten, deren endgültige Sanftionierung auf einem für das Frühjahr 1921 vorgesehenen Wfa-Verbandskongress erfolgen soll.

Mit Rücksicht auf den engeren Zusammenhalt der Wfa-Verbände, wie er nunmehr bewirkt hat die Vorstandskonferenz beschlossen, den bisherigen Namen „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ abzuändern in: „Allgemeiner freier Angestelltenbund (Wfa-Bund)“. Die Konferenz nahm ferner Stellung zur Frage der Arbeitsgemeinschaft (Gewerkschaften) der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Nach eingehender Aussprache wurde nachstehende Entschließung gefaßt:

Die Vorstandskonferenz der Wfa erklärt sich nach wie vor bereit, im Interesse der Allgemeinheit an dem Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuwirken. Die zur besseren Durchführung der Demobilisierungsmassnahmen geschaffenen Arbeitsgemeinschaften haben durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen, daß sie nicht inkompatibel sind, die Regelung der Wirtschaft im Interesse des gesamten Volkes durchzuführen. Die Arbeitsgemeinschaften haben nicht vermagt, Unternehmern von wirtschaftlicher Stellung vollstänndig notwendigem Betriebe abzuhelfen. Ebenso hat sich gezeigt, daß trotz der Arbeitsgemeinschaft die Betriebsdemokratie, die gleichberechtigte Mitbestimmung der Angestellten und Arbeiter in den Betrieben mit allen Mitteln von den Arbeitgebern bekämpft werden. Auch nur zu einer Milderung der Arbeitslosigkeit haben die Arbeitsgemeinschaften nichts beitragen können, selbst Schiedssprüche sind fast ausnahmslos von den Arbeitgebern nicht anerkannt worden. Es hat sich bestätigt, daß mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften die Umwandlung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft nicht zu erreichen ist.

Die Vorstandskonferenz beantragt deshalb den Vorstand der Wfa, untergeordnet mit dem A.D.G. in Verbindung zu treten, um den gemeinsamen Antritt aus der Arbeitsgemeinschaft zu bewirken.

Zu dem weiteren Punkt der Tagesordnung: „Sozialisierung des Bergbaues“ gelangt die Konferenz zu folgender Entschlußnahme:

Die Vorstandskonferenz der Wfa erklärt die Ursachen des wachsenden Elends der arbeitenden Bevölkerung im kapitalistischen Wirtschaftssystem und im Friedensvertrag von Versailles. Alle Versuche, den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft unter Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Eigentumsrechte voranzutreiben, müssen von der freigewerkschaftlich denkenden Angestelltenchaft mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Die Konferenz ruft deshalb die Arbeiter und Angestellten auf, ihre ganze organisierte Kraft für die Verwirklichung des Sozialismus einzusetzen.

Zu diesem Beschlusse haben sich die freien Gewerkschaften in den kommenden Wochen und Monaten vor allem auf den Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues zu konzentrieren. Die Vorstände der Wfa-Organisationen sollen sich auf dem Boden des Beschlusses in der Sachkommission und erheben sich für den Kampf gegen die nun organisierten Unternehmern eingeleiteten Schritte, den Sozialisierungsgehalt im privatkapitalistischen Sinne zurückzuführen. Diese offensichtlichen Verschiebungsschritte der Sozialisierung im Bergbau zwingen die freien Gewerkschaften, ungenügend die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um die Überführung der Rolle in den Berg der Allgemeinheit mit allen gewerkschaftlichen Mitteln herbeizuführen.

Beiziger der Schlichtungsausschüsse

In Nr. 30, 35 und 36 der Arbeiterzeitung d. J. wird darauf hingewiesen, daß es äußerst wichtig sei, zur Vertretung der Arbeitgeberinteressen in den Schlichtungsausschüssen gewandte und geschäftshandige Beiziger zu entsenden. Als besonders geeignet hierzu werden die Verbandsgeschäftsführer und die wissenschaftlichen Hilfsarbeiter der Arbeitgeber empfohlen. Eine ganze Reihe Arbeitgeberverbände werden namhaft gemacht, welche die besten Erfahrungen damit gemacht haben. Es wird darauf hingewiesen, daß wichtiger als die amtliche Vertretung vor dem Schlichtungsausschuss die Beeinflussung desselben bei Beurteilung der Streitfälle durch sprachgewandte und geschäftshandige Beiziger sei. Jeder Kenner der Verhältnisse wird dieselben Ansicht sein. Damit ist die schwerwiegende Bedeutung der Entsendung der Beiziger für die Schlichtungsausschüsse, besonders für die Arbeitnehmer, erwiesen. Obwohl das Betriebsratsgesetz wie auch die schlechte wirtschaftliche Lage zwingt die Arbeiterschaft immer mehr, von der Arbeitsniederlegung nur im alleräußersten Notfalle Gebrauch zu machen oder gar vollständig Abstand davon zu nehmen. Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse gewinnt dadurch für die Arbeiterschaft immer mehr an Bedeutung. Die Sprachpraxis der Schlichtungsausschüsse ist bisher weder eine einheitliche, noch kann sie billigen Rechtsansprüche der Arbeiterschaft genügen. Oft werden seitens der Kollegen bei ihren Ansprüchen nicht gerecht werdenden Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse die Verbandsvertreter verantwortlich gemacht, welche die Forderungen der Kollegen im Verhandlungstermin vertreten haben. Dies hat schon in einzelnen Fällen zu mehr oder weniger schweren persönlichen Auseinandersetzungen und Schädigung der Verbandsinteressen geführt. Geht man aber der Sache auf den Grund, so kann man oft die Erfahrung machen, daß die Arbeitnehmerbeiziger in der Beurteilung und Vertretung der Arbeitnehmerinteressen wenig ihren Aufgaben gewachsen sind und durch ihre Stellungnahme als Beiziger direkte Fehlsprüche herbeigeführt haben. Dafür einige Beispiele:

Als Arbeitnehmer haben wir zu dem Beiziger, bei Tarifen nach Altersklassen möglichst nicht über 21 Jahre hinausgehen. Bei Vorverhandlungen in J. waren wir mit den Arbeitgebern einig geworden, die Altersgrenze auf 22 Jahre festzusetzen. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in J. setzte trotzdem die Altersgrenze auf 25 Jahre fest. Festgestellt wurde von uns, daß ein auswärtiger Arbeitnehmerbeiziger die Erhöhung der Altersgrenze vorgeschlagen hatte, da in seinem Ort dieselbe auch in dieser Höhe vereinbart war. Das die drei Arbeitgeberbeiziger sofort dem Antrag beistimmten und dadurch den unbegründeten Fehlspruch ermöglichten, ist verständlich. — Bei dem Schlichtungsausschuss in B. war beantragt, benutzten Arbeiter, welche wegen der Eigenart ihrer Beschäftigung nicht in Akkord arbeiten und dadurch ihren Verdienst laut Akkordvereinbarung um mindestens 25 Prozent über die Tarifhöhe erhöhen können, eine Zulage von 30 % pro Stunde zu zahlen. Es handelt sich um eine Gruppe gelernter Spezialarbeiter. Trotzdem stimmte ein Arbeitnehmerbeiziger, der selbst im Monatslohn stand, mit den drei Arbeitgeberbeizigern für Ablehnung, da er den Grund der Zulage nicht genügend begründet fand. — Bei einer wegen Explosionsgefahr abseits eines Stadt liegenden Fabrik wurden die Arbeiter durch besondere Arbeiterzüge zu jedesmaligem Arbeitsanfang und -ende zur und von der Arbeitsstelle beiführt. Betriebsveranstaltungen konnten deshalb nur im Betrieb während der Arbeitszeit stattfinden, falls man den Arbeitern nicht wegen des Wohnens in vielen weit auseinanderliegenden Orten die Abhaltung einer Betriebsversammlung unmöglich machen wollte. Die Firma war auch bis zum 1. September 1920 damit einverstanden und bezahlte den Arbeitern den Stundenlohn während der Versammlungszeit weiter. Wohl auf Anregung der Arbeitgeberverbände erklärte plötzlich die Firma, daß sie die durch mit ihrer Zustimmung im Betrieb abgehaltene Betriebsveranstaltungen verurteilte Arbeitszeit nicht mehr zahlen wolle. Nach § 616 des BGB. ist sie dazu verpflichtet. Der Vorsitzende vertrat diese Meinung. Trotzdem machte ein Arbeitnehmerbeiziger den Vorschlag, einen Schiedsspruch zu fällen, der den Arbeitern nur die Hälfte ihres Anspruchs zubilligte. Die Arbeitgeberbeiziger stimmten sofort zu und ermöglichten den Fehlspruch. Zwar konnte dieser Anspruch beim Amtsgericht weiter verfolgt werden (ein Gewerbegericht bestand nicht), doch wurden dadurch unnötige Kosten verursacht. — Diese Beispiele lassen sich nicht unendlich fortsetzen. Sie zeigen, wie sehr es im Interesse der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse liegt, die Arbeitnehmerbeiziger der Schlichtungsausschüsse für ihre Aufgaben zu schulen. Können die Arbeitnehmer auch keine Juristen, wie die Arbeitgeber, durch ihre Verbands- geschäftsführer und Hilfsarbeiter als Beiziger entsenden, so muß doch durch ständige Zusammenkünfte der Arbeitnehmerbeiziger der Schlichtungsausschüsse nahe gelegener Bezirke dafür gesorgt werden, daß genügende Geschick- und Wirtschaftskennntnis unter ihnen verbreitet wird. Die Arbeitgeberverbände zeigen durch ihre Maßnahmen, daß sie die Wichtigkeit dieser Angelegenheit voll erkannt haben. Wir sind ihnen gegenüber im Nachteil, da außer den meist nicht in Betracht kommenden Gewerkschaftssekretären genügend gewandte und ausgebildete Kräfte fehlen. Von der Regierung ist auf diesem Gebiet nichts zu erwarten, da müssen wir selbst für die Kräfte sorgen. Die in Aussicht stehende Schlichtungsordnung muß uns bei ihrem event. baldigen Inkrafttreten gerüstet finden, damit es uns gelingt, tüchtige Arbeitnehmervertreter zur Bildung einer neuen Arbeiterrechtspraxis zu entsenden. Von den Arbeitgebervertretern und dem unparteiischen Vorsitzenden, deren Stellungnahme ein Kapitel für sich bildet, haben wir nichts zu erwarten. Vorbereiten muß deshalb mindestens werden, daß nach vorstehenden Beispielen Arbeitervertreter die Arbeiterschaft durch Unwissenheit und Unfähigkeit schädigen. Wissen ist Macht und Macht schafft Recht. Verbreiten wir dieses Wissen, um die Macht der Arbeiter zu härten, Ortsausschüsse und Gewerkschaftsverbände mögen gemeinsam mit den Betriebsräten hierin bald praktische Arbeit leisten.

Das sollen nun die Handwerkskammern und Arbeitgeber noch für Gründe austüfteln, um den Gewerkschaften das Recht zu bestreiten, das Lehrlingswesen tariflich zu regeln? Für die Gewerkschaften gilt es aber aufs neue, den Kampf aufzunehmen, um den durchaus veralteten Zuständen im Lehrlingswesen ein Ende zu bereiten und neue Wege zu bahnen. Aber alle Bemühungen bleiben erfolglos, wenn nicht die Eltern sich reiflos hinter die Gewerkschaften stellen und mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen die gewissenlose Ausbeutung der Jugend aufnehmen.

Die Eltern der Lehrlinge müssen es als ihre Pflicht ansehen, ihre Söhne in den freien Gewerkschaften zu organisieren, in denen ihnen Schutz und Hilfe geboten wird. B. Saalfeld (Gamburg).

Stab tarifliche Bestimmungen über das Lehrlingswesen zulässig?

Diese Frage hat das Hamburger Gewerbegericht anlässlich einer Klage wegen Nichtzahlung der tariflichen Entschädigungsfälle durch ein Urteil beantwortet. Es heißt in dem Urteil in der Begründung unter anderem:

Auch der Lehrvertrag fällt, wie die Überschrift des Titels VII der Gewerbeordnung ergibt, unter den Begriff des Arbeitsvertrages. Daraus folgt, daß auch er der Regelung durch Tarifvertrag mit den in der Gewerbeordnung vom 23. Dezember 1919 (R.G.B. S. 146 ff.) vorgesehenen Bestimmungen unterliegt. Daß im übrigen die dort bestimmten Voraussetzungen eines Tarifvertrages im vorliegenden Falle gegeben sind, ist unstreitig. Die Beklagte ist also verpflichtet, vom Inkrafttreten des Tarifvertrages vom 8. Mai 1920 an die Kläger die dort unter VIII festgesetzten Lohnsätze zu zahlen. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß in der Einreichung von Lehrverträgen in den Begriff der Arbeitsverträge für den Arbeitgeber wegen der Langfristigkeit von Lehrverträgen eine besondere Härte läge. Denn auch beim Verträge mit einem Gesellen oder Arbeiter kann sich der Arbeitgeber, wenigstens solange eine Verminderung der Arbeiterzahl grundsätzlich unzulässig ist (§ 12 der Gewerbeordnung vom 12. Februar 1920, R.G.B. S. 213 ff.), auch nicht durch Kündigung des einzelnen Arbeitsvertrages der Zahlung neu vereinbarter Tarifsätze entziehen. Das rechtliche Interesse der Kläger an der alsbaldigen Feststellung des Rechtsverhältnisses, auf dem ihr Lohnanspruch beruht, erscheint als gegeben.

Das sollen nun die Handwerkskammern und Arbeitgeber noch für Gründe austüfteln, um den Gewerkschaften das Recht zu bestreiten, das Lehrlingswesen tariflich zu regeln? Für die Gewerkschaften gilt es aber aufs neue, den Kampf aufzunehmen, um den durchaus veralteten Zuständen im Lehrlingswesen ein Ende zu bereiten und neue Wege zu bahnen. Aber alle Bemühungen bleiben erfolglos, wenn nicht die Eltern sich reiflos hinter die Gewerkschaften stellen und mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen die gewissenlose Ausbeutung der Jugend aufnehmen.

Die Eltern der Lehrlinge müssen es als ihre Pflicht ansehen, ihre Söhne in den freien Gewerkschaften zu organisieren, in denen ihnen Schutz und Hilfe geboten wird. B. Saalfeld (Gamburg).

Der außerordentliche internationale Gewerkschaftskongress

Der vom 22. bis 27. November in London stattgefundene außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongress war eine der bedeutendsten Tagungen, die die Welt der Arbeit je hatte. Schon das äußere Bild der Tagung weist die erhöhte Bedeutung der Internationalen der Gewerkschaften auf. Wohl noch niemals war eine Zusammenkunft des I. G. B. so zahlreich besetzt, noch standen sich bedeutungsvolle Fragen auf der Tagesordnung, wie auf diesem außerordentlichen Kongress. Im ganzen sind 18 Länder mit zusammen 98 Delegierten vertreten. Zum ersten Male auch sind die Sekretäre der gewerkschaftlichen Berufs-Internationalen zugezogen, und zwar haben 18 internationale Gewerkschaftssekretariate ihre Vertreter entsandt. Von den deutschen Gewerkschaften der Tschecho-Slowakei wohnen zwei Genossen, von der deutschen Alfa Genosse Aufhäuser als Gäste bei.

Ohne Zweifel hat der Krieg und das Verfagen und die Ohnmacht des internationalen Proletariats, seinen Ausbruch zu verhindern oder wenigstens seine Dauer abzukürzen, die tiefe und ernste Erkenntnis breiter Proletariatschichten von der Notwendigkeit festen internationalen Zusammenschlusses und der Betätigung internationaler Solidarität ausgelöst. Dieses Moment und speziell auch die Entwicklung der beiden letzten Jahre trug neben der Zersplitterung der nationalen und internationalen politischen Organisationen des Proletariats dazu bei, den seit Ausgang des vorigen Jahrhunderts ins Leben gerufenen internationalen Zusammenschluß der Gewerkschaften nunmehr auf eine neue festere Grundlage zu stellen. Waren bei all den Konferenzen vor dem Krieg hauptsächlich rein gewerkschaftliche und sozialpolitische Fragen auf der Tagesordnung, wie Verkürzung der Arbeitszeit, internationale Arbeitsvermittlung, Heimarbeitfrage, Verhinderung des Imports von Streikbrechern, so zeigte allein schon die Tagesordnung dieses Kongresses, daß ein gewaltiger, grundlegender Wandel im ganzen Wesen und darum auch im Aufgabenkreis der Gewerkschaftsinternationalen sich vollzogen. Denn wenn Fragen wie die Rohstoffverteilung, der Kampf gegen die Reaktion, Valutafrage, Sozialisierung auf die Tagesordnung gestellt wurden, so beweist dies, daß im Verlaufe der historischen Entwicklung auch den I. G. B. starke revolutionäre Antriebe erfährt haben.

In der prägnantesten Weise kam der große Fortschritt, der sich in der ganzen geistigen Einstellung der internationalen Gewerkschaften vollzogen, in dem einmütigen Beschluß der unmitttelbaren Aufnahme des Kampfes um die Sozialisierung zum Ausdruck. Darin offenbarte sich nicht nur die Einsicht, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein wirklicher Wiederaufbau und eine Sicherung auskömmlicher Existenz für alle Schaffenden nicht möglich ist, sondern auch das gestärkte Bewußtsein von der ungeheuren Macht, die die geeinte Arbeiterklasse darstellt, wenn sie entschlossen ist zu kämpfen für ein großes Menschheitsziel. Von besonderer, weit über den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung hinausgehender Bedeutung war schließlich noch die Behandlung der Frage der drohenden Befreiung des Ruhrgebietes. Die von dem I. G. B. auf Grund des durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an ihn gerichteten Appells in das Ruhrrevier entsandte Kommission, bestehend aus den Genossen Jouhaux und Merxheim-Frankreich, Mertens-Belgien und Fimmen-Dolland, hatte das Ergebnis einer eingehenden Prüfung der Produktionsverhältnisse im dortigen Revier, wie speziell auch die Lage der Arbeiterschaft in einer schriftlichen Bericht niedergelegt. In diesem Bericht bereits und stärker noch in den von Jouhaux gegebenen Ergänzungen und der Diskussion brachten speziell die Vertreter der Ententearbeiterschaft ihre volle Solidarität mit dem deutschen Proletariat zum Ausdruck, falls der Ententeimperialismus dazu übergehen sollte, das Ruhrrevier zu besetzen und die deutschen Arbeiter unter dem Zwang der Bajonette zur Arbeit zu zwingen. Träten in einem solchen Falle die deutschen Arbeiter in den Generalstreik ein, so würden sich die französischen Arbeiter insbesondere gegen ihre Regierung und auf die Seite ihrer deutschen Brüder stellen.

Mit diesem entscheidenden, vor der ganzen Welt abgelegten Gelöbnis kam zum Ausdruck, welche große Macht die internationale, geeinte Arbeiterklasse auch heute bereits sein kann, um aktiv in die Außenpolitik der Herrschenden einzugreifen. Darum gilt es auch, die in dem I. G. B. organisierten 28 Millionen Arbeiter zu bewußten, selbständig denkenden und operierenden Kämpfern zu erziehen und alle Versuche abzuwehren, durch Zersplitterung dieser geeinten Macht dem Klassengegner Vorsprung zu leisten.

Wenn auch auf dem Kongress die Meinungen über Fragen der Taktik in dem einen oder anderen Punkt auseinandertraten, wenn auch nicht alle mit Einzelheiten der gefassten Resolutionen einverstanden waren, so trat doch auf allen Seiten das Bestreben zutage, in ernster Solidarität und aufrechten Willen, aus der Vergangenheit lernend, die Arbeiter der ganzen Welt zum Kampfe gegen Reaktion, Imperialismus und Kapitalismus zusammenzuführen.

Arbeitsamt jeder an seinem Teil für dieses Ziel, dann wird der nächste Kongress noch größere Klarheit und Geschlossenheit an den Tag legen, die neue Ordnung ihrer Bewußtseinslage nahe sein!

Kongressbericht.

Der Vizepräsident Jouhaux (Frankreich) richtete eine herzlich begrüßende Ansprache an die Delegierten. Angehts der immer stärker werdenden Reaktion müsse es die Aufgabe des Kongresses sein, die Kräfte zusammenzufassen, die schon auch die in vielen Ländern entgegenstehenden Forderungen sein mögen. Es gelte, die Verzerrungen zu beseitigen und eine internationale Front aufzubauen, der alle Arbeitenden beizutreten können, sie insoweit jedoch, sich um eine zentrale Idee zu führen. Nur durch die befreite Arbeit könne die zersplitterte Welt wieder aufgebaut werden. Die Regierungen seien weit entfernt von einem solchen Verständnis für die Gefühle der Volkswassen, die Geheimdiplomatie jeder Triumphe, alle die heiligen Rechte wagen, die man den lebenden Völkern möchte, sind über Bord geworfen. Man herrscht nach dem unerschütterlichen Grundsatz: Teile und herrsche! Zwei Jahre nach dem Vorkriegszustand lebe die Welt noch im selben Frieden.

Und darum erschließen aus allen Ländern Rufe des Protestes und der Empörung ab des materiellen und moralischen Elends. Dieser Ruf hat die Amerikaner Internationalen durch Einberufung dieses außerordentlichen Kongresses beantwortet. Keine Solidarität und Zusammenarbeit der Nationen kann es dann erlauben, wenn die kapitalistischen Privilegien nicht beseitigt werden. Diese neue Ordnung muß basieren auf der Befreiung der wirtschaftlichen Kräfte, der internationalen Verteilung der Rohstoffe und der Sozialisierung der Produktion und Produktionsmittel.

Die Fragen aller Arbeiter sind auf diesen Kongress gerichtet. Es gilt zu zeigen, daß wir nicht nur gewillt sind, neue Resolutionen zu formulieren, sondern auch den festen Willen und die Energie für ihre Durchföhrung aufzubringen. Gemäß der Verpflichtung wird die englische Delegation gebeten, den Vorschlag für die Lösung herbeizuföhren. Einmütig betrug

die Engländer Thomas, den Sekretär der Eisenbahner, als Vorsitzenden des Kongresses in Vorschlag.

Auch Thomas betont in einer sichtlich begrüßungsansprache, daß es zur Rettung der durch den Krieg geschlagenen Völkern am wichtigsten sei, zu vergessen, was die letzten Jahre die Völkern voneinander trennte. Habe doch der Krieg für Sieger wie Besiegte nur Leid gebracht. Der Kongress müsse durch seine Arbeit beweisen, daß die großen Ziele des proletarischen Kampfes noch dieselben seien, wie vor dem Kriege, und die Arbeiterschaft gewillt sei, mit verdoppelter Energie dafür zu kämpfen.

Nachdem der Sekretär Fimmen mitgeteilt, daß 18 Landesorganisationen mit 98 Delegierten und außerdem die Sekretäre der internationalen Berufsverbände auf dem Kongress vertreten sind, daß die Gewerkschaften aus Italien, Argentinien und Jugoslawien bebauen, verhindert zu sein, an der Tagung teilzunehmen, fragt Solau (Belgien) an, worauf es zurückzuführen sei, daß die Amerikaner nicht anwesend seien. Fimmen erwidert hierauf, daß man seitens Amsterdam den Amerikanern wohl alle Sendungen, 50 an der Zahl, darunter sehr eilige und wichtige, habe zugehen lassen, daß aber in der ganzen Zeit als Antwort nur vier nichtisagende Briefe eingelaufen seien. Eine Antwort auf die Einladung zum Kongress haben die Amerikaner überhaupt nicht erteilt, nur aus der Weltpresse und nachher auch aus der offiziellen Zeitung, der „American Federation of Labor“, habe er erfahren, daß der Vorstand der amerikanischen Gewerkschaften beschlossen habe, dem Kongress nicht beizuwohnen, auf dem sie nicht in der Lage seien, über die Organisationsverhältnisse und die Grundzüge des Bundes zu klären. Man habe Grund, anzunehmen, daß die für Comper's revolutionäre Einstellung des Bundes die Erklärung für das Fernbleiben der Amerikaner gäbe.

Am zweiten Tage spricht Fimmen über: „Die Weltlage und die internationale Gewerkschaftsbewegung.“ Er weist darauf hin, wie zunächst nach Kriegsende die Bourgeoisie zu Kongressen bereit zu sein schien, dann aber sehr bald der Umsturz einsetzte und heute in fast allen Ländern die Reaktion wieder das Haupt erhebt. Ungarn ist nur ein Beispiel dafür und darum sah sich auch die Anterdamer Internationale veranlaßt, den Boykott gegen Horthy-Ungarn zu erklären. Inbessen wird mit Billigung der Entente in Ungarn weiter versucht, die Arbeiterklasse niederzuknien. Aber nicht nur in Ungarn, nicht nur in Finnland, sondern überall hat die Bourgeoisie blutige Mäde genommen, dort, wo das Proletariat, seine eigenen Kräfte überschätzend und in der irrigen Meinung, daß es möglich sei, von heute auf morgen die soziale Revolution zum Ziele zu führen, die Macht ergriffen hatte.

Wenn auch in dem westeuropäischen Ländern die Arbeiter noch mehr Rechte besitzen, so zeigte sich auch dort das Bestreben, durch die Befreiung das ureigene Recht der Arbeiterschaft, das Streikrecht, zu rauben. Wenn auch der Achthundertag in Washington beschlossen und international durchgeführt werden sollte, so wird doch jetzt, nachdem der erste Schrei der Bourgeoisie längst überstanden ist, überall dieser Beschluß zu sabotieren versucht.

Wie steht die Arbeiterklasse zu dieser internationalen Reaktion? Schon im März 1919 vereinigte sich wieder in Amsterdam die Internationale der Transportarbeiter, auch die der Bergarbeiter, Metallarbeiter usw. sind inzwischen ihrem Beispiel gefolgt und zeigten damit, daß wenigstens die Arbeiter nichts mehr vom Krieg wissen und keine Angst mehr kennen wollen, die sie tramt. In gleicher Weise wurde auch der Internationale Gewerkschaftsbund im August 1919 in Amsterdam wieder aufgerichtet. Sofort wurde protestiert gegen die Blodade Sowjetrußlands und die Sozialisierung der Produktionsmittel verlangt. Während indessen vor dem Kriege die Aufgaben der Gewerkschaften national wie international im wesentlichen auf rein gewerkschaftliche Ziele der Lohnbewegung, Arbeiteridagsetzung usw. beschränkt waren, müsse jetzt die Gewerkschaftsbewegung auch auf internationaler Basis in erster Linie den Widerstand des internationalen Proletariats gegen die kapitalistische Ordnung als solche organisieren. Die Gewerkschaftsbewegung müsse es als ihre erste Aufgabe betrachten, die Macht der Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion für die neue Gesellschaftsordnung anzuwenden. Dabei müsse man sich darüber klar sein, daß die 27 Millionen in der Anterdamer Internationale organisierten Arbeiter noch nicht alle von der Notwendigkeit dieses großen revolutionären Kampfes überzeugt seien, sie hierzu und auch zu voller Opferwilligkeit bereit zu machen, müsse die wichtigste Aufgabe sein.

In gleicher Weise sei es behauerlich, daß die Arbeiter Amerikas wie Rußlands durch die Haltung ihrer Führer noch von ihren übrigen Klassenbrüder ferngehalten werden. Gleich nach Gründung des Bundes habe man sofort und wiederholt versucht, mit den russischen Gewerkschaften Fühlung zu bekommen, telegraphisch und schließlich die Solidarität zum Ausdruck gebracht, ohne indessen bis heute auch nur einer einzigen Antwort gewürdigt worden zu sein. Nur aus den offiziellen Kundgebungen habe man alle die Beschränkungen und den Widerstand erahnen können, den die Reaktion über die neue Gewerkschaftsinternationalen verbreiten, was jedoch diese „gelbe“ Internationale nicht gehindert habe, als einzige sich fähig zu erweisen, Sowjetrußland wirksame Hilfe zu bieten durch die Proklamierung des Boykotts des Transports und der Herstellung von Kriegsmaterial für Rußlands Feinde. Eine solche nationale Kämpfersplittierung bedeute ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, an den Interessen des internationalen Befreiungskampfes.

In der darauf einsetzenden Diskussion erklärt Graumann (Deutschland), daß er der von Fimmen vorgelegten Resolution vorbehaltlich einiger kleiner redaktioneller Änderungen zustimmen könne. Er schildert kurz die Lage der Arbeiterschaft in Deutschland und betont, daß die Haltung der Gewerkschaften während des Kapp-Puzches, daß auch die deutschen Gewerkschaften begreifen haben, welche neuen Aufgaben ihnen die Stunde auferlege. Man müsse sich indessen nicht nur gegen die Reaktion, sondern auch gegen Versuche von links wenden.

Daqueiro (Spanien) bedauert, daß die Spanier wenig an der aufbauenden Arbeit des I. G. B. mitwirken können, weil die schwärzeste Reaktion sie daran hindere. Er entwirft ein Bild von dem unerschütterlichen Willen der Regierungen, die jede aufbauende Arbeit der Gewerkschaften geistlich zu verhindern.

Dragona (Italien) stellt mit Genehmigung fest, daß die Gewerkschaftsinternationalen heute die Notwendigkeit einsehen, den gewerkschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden. Doch ist ihm die Resolution nicht präzise genug, welcher Art diese Aktionen sein sollen. In dem Witten der Reaktion seien auch diejenigen Gewerkschaftsleitungen (Schw), die die Interessen der Arbeiterbewegung durch Unterwürfung der Kriegspolitik preisgegeben haben.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Vertreter Danabos, Norwegens und dem Sekretär Fimmens wird die vorgeschlagene Resolution mit 21 906 000 gegen 2 710 000 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Italiener und Norweger. Die Resolution stellt in ihrer einleitenden Parole das Wiedererleben der Reaktion fest, die mit allen Mitteln zu bekämpfen Pflicht der dem I. G. B. angehörenden Gewerkschaften sei. Als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung der Reaktion wird der Streik freigegeben und der internationale Boykott erklärt und aufgearbeitet, im engsten Zusammenhange mit dem I. G. B. eine Kraft zu formen, die imstande ist, einen internationalen Kampf gegen die Reaktion zu führen, Krieg dem Kriege zu erklären und für die Befreiung einer auf neuen Grundsätzen zu errichtenden Gesellschaftsordnung zu kämpfen.

Der dritte Tag wurde vollkommen mit dem Kommissions-

Tagung in Anspruch genommen. Der Eintritt in die Tagesordnung am vierten Verhandlungstag gab der Vorrede von einem aus dem Ural eingetragenen Brief von den Holzgewerkschaften Kenntnis, in dem diese im Namen von 145 000 organisierten russischen Arbeitern erklären, daß sie die Arbeiterschaft der Welt um die Unterstützung der russischen Gewerkschaften auf diesem Kongress bitten, die von der russischen Regierung verhindert

werden, da sie das russische Proletariat überhaupt nicht davon unterrichtet. Sie hoffen indes, daß der Tag nicht fern sei, an dem die russischen Arbeiter wieder zusammen mit der internationalen Arbeiterschaft kämpfen können.

Darauf wurde die Resolution über den Achthundertag im ersten Teil einstimmig, der letzte Paragraph gegen die Stimmen Italiens und Norwegens angenommen. In der Resolution wird festgestellt, daß Unternehmer und Regierungen versuchen, die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz zu sabotieren, und die angeschlossenen Organisationen verpflichtet, diesen Sabotageversuchen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Im Schlußabsatz heißt es dann: Der internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist. Ein Antrag der Norweger und Italiener, jede Mitarbeit am Arbeitsamt sofort abzulehnen, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Resolution über den Pazifismus wurde darauf nach kurzer Diskussion angenommen. Sie lautet:

„Der internationale Gewerkschaftskongress stellt fest, daß die Bekämpfung aller Kriege durch die international organisierte Arbeiterschaft nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwechseln ist.“

Er brandmarkt als Heuchelei und beurteilt ebenso alle Kriegsunternehmungen, deren Ziel ist, den Völkern irgendwelche politische oder wirtschaftliche Formen gegen ihren Willen aufzuzwingen. Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen unter dem Vorwand, sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg.“

Hierauf ergänzt Mertens (Belgien) mündlich den von ihm vorliegenden schriftlichen Bericht über die Frage der Rohstoffverföhrung. Wenn die Gewerkschaften auch noch nicht stark genug sind, um die Rohstoffverföhrung allein zu regeln, so sind sie daran doch nicht uninteressiert. Der Völkerverbund sei bei all seinen Mängeln berufen, in dieser Frage einzugreifen. In der Kommission bestand Einmütigkeit darüber, daß die derzeitige mangelhafte Verteilung der Rohstoffe auf die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft zurückzuführen ist. Aber den Weg zur Besserung indessen waren die Auffassungen geteilt. Die Mehrheit der Kommission hielt das Internationale Arbeitsamt als Zentralfstelle für die Rohstoffverteilung geeignet, während die Vertreter Italiens und Norwegens jedes Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt als einer Institution des Völkerverbundes ablehnten. Er empfiehlt die Resolution dem Kongress zur Annahme.

In der Diskussion wendet sich Maltes (Italien) gegen den zweiten Teil der Resolution, da es ein Widerspruch sei, die kapitalistische Gesellschaft einmal als unfähig für eine gerechte Rohstoffverteilung zu erklären, dann aber die Lösung dieser Aufgabe demselben Organ derselben kapitalistischen Gesellschaft anzuvertrauen. Maltes schlägt die Schaffung einer neuen internationalen Zentralfstelle, unabhängig vom Arbeitsamt, vor, die auch mit der Rohstoffverteilung betraut werde. Er und seine Freunde misstrauen dem Arbeitsamt, den Willen und die Macht zur Durchführung der ihnen übertragenen neuen Aufgabe zu besitzen.

Dür (Schweiz) erklärt, man könne dem ersten Teil der Entscheidung zustimmen. Das Internationale Arbeitsamt sei aber außerstande, diejenigen Regierungen, die sich remittent verhalten, durch irgendwelche Zwangsmittel zur einheitlichen Regelung zu veranlassen. Auch die Nationalierung der Lebensmittel im Kriege habe bewiesen, daß die kapitalistische Organisation versage. Im Namen der Schweiz und der Minderheit der deutschen Delegierten sei er beauftragt, zu erklären, daß sie den letzten Absatz der Resolution in der vorliegenden Form ablehnen. Er schlägt vor, die Resolution an die Kommission zurückzuverweisen.

Mertens erwidert in seinem Schlußwort, die Ablehnung des letzten Teils der Resolution sei eine Schwäche. Es werde nicht verlangt, daß das Arbeitsamt ohne weiteres die Verteilung der Rohstoffe übernehme, sondern der Internationale Gewerkschaftsbund soll selbst einen Plan ausarbeiten, nach dem die Verteilung vorgenommen werden soll. Wenn nach dem Vorschlag Maltesis verfahren und ein neues Zentralorgan geschaffen werde, so müßte auch dieses wiederum zunächst mit den Regierungen zusammenarbeiten.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Antrag Dür und Genossen auf Zurückverweisung an die Kommission mit schwacher Mehrheit abgelehnt. Der erste Teil der Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen. Zum letzten Teil beantragt Deutschland einen Zusatz, besagend, daß dem Arbeitsamt die Macht erst durch den starken Willen der festgesetzten Arbeiterorganisationen verliehen werden müsse. Der letzte Absatz der Resolution wurde alsdann auch mit großer Mehrheit angenommen.

Die so angenommene Resolution über die Rohstoffverföhrung besagt in ihrem ersten Teil, daß der Weltkrieg eine den wirtschaftlichen Aufbau gefährdende Zerrüttung, hauptsächlich verursacht durch die kapitalistische Anarchie in der internationalen Rohstoffverteilung, hervorgerufen hat und daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung einer gerechten Verteilung der Rohstoffe im Wege stehe. Darum sei es die Pflicht der Arbeiterklasse, auf die Befreiung der unorganisierten Gesellschaft und ihre Ersetzung durch eine rationelle Organisation der Produktion hinzuwirken. Um aber heute bereits auf eine gleichmäßige Verteilung der verfügbaren Rohstoffe der Welt hinzuwirken, wird das Büro des I. G. B. beauftragt, sich mit dem Internationalen Arbeitsamt zwecks Errichtung einer internationalen permanenten Kommission ins Benehmen zu setzen, in der die organisierte Arbeiterschaft vertreten ist. Diese Kommission soll beauftragt werden, die gerechte Verteilung der Rohstoffe zwischen den verschiedenen Ländern unter Berücksichtigung ihrer industriellen Bedingungen zu sichern.

Am fünften Verhandlungstag berichtet Jouhaux (Frankreich) über die Valutafrage. Die Kommission habe sich von zwei Gesichtspunkten leiten lassen: 1. Klarlegung der prinzipiellen Stellung, 2. Feststellung der sofort möglichen Maßnahmen. So sehr auch die vorgeschlagene Lösung nicht vollumfänglich befriedige, so wolle er doch, daß die hungernden Völkern nicht bis zur gänzlichen Erfüllung der prinzipiellen Lösung warten können. Wohl hänge die Valutafrage aufs engste mit all den übrigen behandelten Fragen zusammen, doch gäbe es ein Heilmittel, das allerdings von den Regierungen bisher nicht ergriffen worden ist. Diese Lösung will den verschiedenen Nationen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit Rechnung tragen und die Solidarität der Interessen schaffen. Die Regierungen haben jedoch diese Maßnahme deshalb nicht ergriffen, weil sie sich damit selbst dezavoniert hätten. Das ist die internationale Anleihe, die eine engere Verknüpfung der Interessen der verschiedenen Nationen zur Folge haben müsse.

Buassi (Italien): Die Italiener wünschen, daß Kriegsschulden und alle die Forderungen getilgt werden, die die Sieger dem Besiegten gegenüber haben. Doch machen sie gegenüber der in der Valutafrage vorgelegten Resolution deshalb Vorbehalte, weil es unmöglich sei, die Spekulation abzuschaffen, die den Lebensnerv der kapitalistischen Gesellschaft bilde. Auch eine Angleichung der Valuta in den verschiedenen Ländern könne eine Verteuerung der Rohstoffe zur Folge haben.

Hierauf erwidert Jouhaux, daß die Italiener auf alles dieselbe Antwort gäben: Unmöglich, irgend etwas zu tun! Das sei die Theorie, nach der der Sozialismus nur aus dem tiefsten Elend heraus werden könne. Die Tatsachen zeigen aber, daß die Bourgeoisie noch sowohl über genügend Gold, wie auch Produktionsmittel verfüge, um die zum Schaden der Arbeiterklasse anzunehmen, und nicht daran denke, sich selbst umzubringen. Der Vorschlag der Italiener zur Einberufung einer Wirtschaftskonferenz sei utopisch, werde er jedoch durchgeführt, dann müsse man ja wiederum die kapitalistischen Regierungen zur Teilnahme auffordern. In der

daraufliegenden Abstimmung wird die Resolution gegen die Stimmen von Kanada, Italien und Norwegen angenommen.

Dubegeest gibt sodann den Bericht der Kommission für die Frage der Sozialisierung unter Verweisung auf den vorliegenden ausführlichen schriftlichen Bericht.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise fest, daß die Arbeiter länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, als die Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System erreicht werden kann.

Behörden ihrerseits der Verpflichtung nachgekommen, wonach sie verbesserte Ernährung für die erhöhte Leistungsanforderung zugesagt hätten. Darum müsse alles geschehen, um die Läger zu zerlegen, auf die sich die Militäristen stützen könnten.

Legien (Deutschland) dankt im Namen der deutschen Delegation der Kommission für die Enquete. Er macht darauf aufmerksam, daß die hohe Leistung der Bergarbeiter nur dadurch möglich gewesen sei, daß diese auf Kosten ihrer Gesundheit wöchentlich zwei Uberschichten verfahren hätten.

Thomaz (England) erwidert Legien, daß seine Worte in erster Linie an die Franzosen zu richten seien, deren Regierung ihre imperialistischen Ziele rücksichtslos weiter verfolge.

Nach kurzer Schlussart der Vorsitzenden und des Genossen Jimmen ging der außerordentliche Kongress unter dem Gehörg der Internationale, befehl vom besten Geist geklärt Kameradschaft, auseinander.

Vom Verbänden der Walzwerker

Seit der Revolution hat die deutsche Arbeiterbewegung schon mancherlei Erlebnisse mit allen möglichen Erfahrungen hinter sich, die leider nicht zum Nutzen der Arbeiter waren.

Es ist dieses aber auch schon bedingt, weil man sich, laut Statut, Sachorgan und den phrasenhaften Reden mehr fortgeschrittener und linksstehender wie die freien Gewerkschaften sein will.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 12. Dez. ist der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Dezember 1920 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Bezugsstelle (I, II, III), Beginn der Beitragszahlung. Lists various regions like Ahlen, Alfeld, Altenburg, Apolda, etc.

Berichtigung von Nr. 49. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Gelsenkirchen: Der ? Emil Goldbach, geb. am 8. Juni 1896 zu Wien, Mitgliedschaftsausweis Nr. 274867, wegen Betrug und Diebstahl.

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Berlin: Der Maschinenarbeiter Andreas Niemer, geb. am 1. Dezember 1862 zu Hofengarth, Mitgliedsbuch Nr. 417628, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Magdeburg: Der Elektromonteur Franz Leberer, geb. am 2. Nov. 1868 zu Quain, Mitgliedsbuch Nr. 8,086870, wegen unkollegialem Verhalten.

Ausgeschlossen werden nach § 23 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der ? Willi Ritsche, geb. am 14. Januar 1868 zu ?, Mitgliedsbuch Nr. 8,142101, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Neustadt a. Harz: Der Bohrer Johannes Bührs, geb. am 12. Februar 1871 zu Altlanenberg, Mitgliedsbuch Nr. 962781, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Schlosser Mag Sebede, geb. am 11. September 1874 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 8.909.700, wegen unkollegialen Verhalten.

Der Dreher Hermann Kiehlhorn, geb. am 4. März 1868 zu Königsberg, Mitgliedsbuch Nr. 678.639, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bielefeld: Der Schlosser Gustav Woborich, geb. am 6. November 1891 zu Bielefeld, Mitgliedsbuch Nr. 2.886.189, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Köln a. Rh.: Der Dreher Jakob Reifferscheid, geb. am 7. Juli 1889 zu Köln-Deutz, Mitgliedsbuch Nr. 348.632, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 2.941.226, lautend auf den Dreher Hermann Schulz, geb. am 12. September 1801 zu Modris, eingetretten am 13. Dezember 1918 zu Neusalz. (Duisburg.)

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzubalten:

- von Elektromotoren nach Freiburg i. B. St.; von Formern und Wiedereinrichtern nach Göttingen (Ehlinger Maschinenfabrik) W.; nach Neuß bei Düsseldorf (Alm. Westf. Eisengießerei) St.; von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Leipzig D.; von Metallarbeitern nach Bleicherode (Fa. J. Kintel) D.; nach Bremen L.; nach Danzig St.; nach Gehrten in Thüringen (Fa. Spannaus) D.; nach Langemiesen in Thüringen (Fa. Brandes de Ross) D.; nach Zeulenroda (Döhler & Kiedle, Maschinenfabrik und Eisengießerei) W.; von Orthopädiemechanikern und Sandgüßern nach Königsee in Thüringen (Fa. Orthopädische Industrie) D.; nach Magdeburg (Fa. Bleicher, Tischlerbrücke 3) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; R. = Mahregelung; M. = Mißstände; A. = Aussparung.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erlaubnis bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zuerst angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Berichte

Metallarbeiter.

Witten. Christlicher Terror! Wiebe deinen Nächsten wie dich selbst. Dieses von den Christen gegen ihre Gegner so oft zitierte Wort wird von niemandem mehr als von den Christen selbst mit Füßen getreten. Im katholischen Glauben war infolge der Logik ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gezwungen, dort Quartier zu beziehen. Daß in diesem Haus der Gottesdienst und frommen Sitten jeder Unannehmlichkeit auf Herz und Nieren gepulvert wird, versteht sich für denjenigen von selbst, der die Schandzettel und ihren Anhang kennt. Die Papiere müssen selbstverständlich in Ordnung sein und dazu gehört auch das Mitgliedsbuch der gewerkschaftlichen Organisation. Unter Drohung, entweder zum Christlichen Metallarbeiterverband überzutreten oder die fremdliche fromme Gaststätte zu meiden, war der Kollege gezwungen, wenn er nicht auf der Straße kampieren wollte, das erstere zu wählen. Der fromme Kaffeehausbesitzer dem Christlichen Metallarbeiterverband ein neues Mitglied zu gestatten und freudig wird dieser den Übertritt zu den vielen registrierten, die er vom Deutschen Metallarbeiter-Verband schon zu verzeichnen hat. Nun behaupten die Christen und insbesondere der Christliche Metallarbeiterverband, daß kein christlicher Arbeiter Mitglied der freien Gewerkschaften werden kann, weil seine religiösen Gefühle verletzt werden. Nun kann doch nun aus einem freigeistlichen Gewerkschaftler über Nacht keinen Zentrumsgewerkschaftler machen. Zunächst man nicht, daß dieser rote Sänder anständig unter den Christen wirken kann? Niemand wird glauben, daß der Kollege diesen Kollegen über Nacht zum Christen gemacht hat. Aber bei dieser Art von Christen ist kein Ding unmöglich und sollte es der Fall sein, so scheinen auch hier halb Zentrumswanderer zu geschehen. Hoffentlich wird der Kollege nicht lange Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes sein. Wir alle wollen aber nicht vergessen, daß aus der Bohmungsnot die allerbesten Christen - dazu gehört auch der Kollege des katholischen Gewerkschaftsausschusses - Gesandte machen für die christlichen Gewerkschaften. Jordan.

Rundschau

Der Geleichenwurf über die Betriebsbilanz.

Als im vorigen Jahr der mehrheitlich sozialistische bürgerliche Regierungsrat bei der Schaffung des Betriebsbilanzgesetzes war, wollte diese Kommission ernsthaft auseinanderfallen. Der Grund war der § 72 des Betriebsbilanzgesetzes. Dieser Paragraph forderte die Bilanzierung für die Betriebsräte. Die Betriebsräte sollten Einblick in die Geschäftsbücher der Unternehmer erhalten. Die Demagogen lehnten mit dem üblichen bürgerlichen Pathos dies ganz entschieden ab, sie drohten mit ihrem Austritt aus der Kommission, wenn die Bilanzierung nicht abgelehnt würde. Sollten die Betriebsräte zu einem wirklichen Kontrollorgan im Interesse der Allgemeinheit werden, so war die Bilanzierung unbedingt erforderlich. Die Agitatoren der Rechtskonservativen erklärten: „Hier wird nicht nachgegeben“, die Bilanzierung ist der Lebensader der Betriebsräte. Esamt waren die Demagogen in der Regierung in enge Verbände geschlossen. Aber man konnte sich helfen. Der § 72 wurde verändert, eine ganz allgemeine Fassung gegeben. Eine genaue Definition sollte in einem besonderen Gesetz enthalten sein. Dieses Gesetz wurde in einem Plenar der Unternehmern wie der Betriebsräte in der Frage der Betriebsbilanz, der Betriebsbilanz und der Bilanzierung enthalten. Dies Verschieben auf die Zukunft entstand die damalige Komposition einer harten Entscheidung. Es wurde auf die Verantwortlichkeit der Herren spezialisiert. Das allgemeine Gesetz wurde, ist nun eingetretten.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat den Geleichenwurf, betreffend die Betriebsbilanz und die Betriebsbilanz und die Bilanzierung, zu dem unumkehrbar der Reichstag Entscheidung zu nehmen hat, in nachstehender Fassung verabschiedet:

§ 1. Die nach § 72 des Betriebsbilanzgesetzes vom 4. Februar 1920 vorgesehene Betriebsbilanz hat über das Unternehmen nach den für dieses geltenden gesetzlichen Bilanzierungsregeln zu geben. Das dem Unternehmer nicht genehmigte Verändern des Unternehmens bleibt hierbei außer Betracht. Geht ein Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei der Bilanzierung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der

hau gehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftsbücher der einzelnen Betriebe erläutert werden.

§ 2. Das Recht, die Vorlegung und Erläuterung der Betriebsbilanz zu verlangen, steht neben dem Einzelbetriebsrat auch dem Gesamtbetriebsrat zu.

§ 3. Auf die nach § 72 des Betriebsbilanzgesetzes vorgulegende Betriebsbilanz und Verlustrechnung finden die Vorschriften der §§ 1 und 2 Anwendung.

§ 4. Die Vorlegung und Erläuterung der Betriebsbilanz sowie einer Betriebsbilanz und Verlustrechnung können erstmalig für das letzte, vor dem 1. Januar 1920 abgelaufene Geschäftsjahr verlangt werden.

§ 5. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1921 in Kraft.

Von dem Erhofften ist nichts eingetroffen und von dem Versprochenen nichts gehalten worden. Vom Reichstag ist natürlich nichts mehr zu erwarten. Einige Beschönigungsreden wird alles sein, was die Arbeiterkraft zu hören bekommt. Der ganze Entwurf ist ein Verlegenheitsprodukt ärmlichster Sorte, zu Papier gebrachte Worte ohne Sinn. Die Gewerkschaften werden mit den Betriebsräten alles daransetzen müssen, die Bilanzierung zu erhalten, damit die Betriebsräte in die Lage versetzt werden, das volle Kontroll- und Mitbestimmungsrecht auszuüben.

Gewerkschaftliches.

Der dritte internationale Kongress der Fabrikarbeiter

Ende Oktober in Amsterdam statt. Vertreten waren Holland, Belgien, Deutschland, Österreich, Böhmen, Tschechoslowakei, England, Dänemark, Norwegen und Schweden mit zusammen 2417300 Mitgliedern. Aus allen Ländern wurde über eine starke Entwicklung der Bewegung berichtet. Beschlossen wurde ein Regutativ, das den Namen und Zweck der internationalen Vereinigung und die Befugnisse der Organe der Internationalen bestimmt sowie den Beitritt und Ausschluß, die Beitragspflicht und Beitragshöhe usw. regelt. Der Sitz des Sekretariats ist von Deutschland nach Holland verlegt worden. Dem internationalen Sekretär steht ein Exekutivkomitee zur Seite, in das auch Deutschland einen Vertreter entsendet.

Radikale „Gewerkschaftszellen“ unterstützen wirtschafts-friedliche Verbände!

Aber die schädigende Tätigkeit der Überbalkalen in den Gewerkschaften gibt es unter denkenden Menschen nur eine Meinung. Es ist aber doch interessant, an Einzelfällen zu sehen, wie verheerende Gewerkschaftszerstörung in der Wirklichkeit zur Stärkung arbeitgeberfreundlicher Bestrebungen führt.

Die Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten hatte im Frühjahr d. J. einige Mitglieder wegen organisatorischer Mängel aus dem Verband ausgeschlossen, die sich dann als sogenannte „Opposition“ lehrhaft bemerkbar machten. Zusammen mit noch einigen anderen Verbandmitgliedern gab die „Opposition“ allerlei Flugblätter heraus; das letzte von diesen forderte in der Hauptsache die Schaffung von Industrieverbänden und die selbständige Organisation der Betriebsräte, die beschlossene Beitragserhöhung sollte verweigert werden. Aberall sollten im Verbande Fraktionen der „Opposition“ gebildet werden, die im organisiertesten Kampf den Verband zu befreien hätten von allen „Schädlingen und Riechern“. Nun ist es zunächst umgekehrt gekommen, der Zentralverband der Angestellten hat sich von diesen „Schädlingen“ befreit.

Den Gegnern der freigeistlichen Angestelltenorganisation mußte diese „Opposition“ schon lange als Materiallieferant für die Agitation dienen. In neuester Zeit aber bleibt es nicht dabei, sie liefert gleich die fertigen Flugblätter. In Ober-Sachsen verendet der „Gewerkschaftsband der Angestellten“ an die Mitglieder des Zentralverbandes das bisher erwähnte Flugblatt, dem nur der Schlußsatz angefügt ist: „Daraus heraus aus dem Zentralverband der Angestellten, hinein in den G.M.A., Ortsgruppe...“ Der Deutsche Handlungsgewerkschaftsverband läßt in Mitglieder-Veranstaltungen des Zentralverbandes dieses Flugblatt durch seine Angehörigen verteilen, was natürlich in Ruhe einwandfrei festgelegt wurde. Ja, er geht noch weiter und fordert seine Mitglieder auf, sich von der auf dem betreffenden Flugblatt angegebenen Adresse Material der „Opposition“ zu bestellen zu lassen.

Eine klare Beantwortung der Frage nach den Zusammenhängen dieser merkwürdigen Erscheinungen ist nicht möglich. Entweder liegt bei den maßgebenden Leuten dieser „Opposition“ ein - gelinde ausgedrückt - großer Mangel an Urteilsfähigkeit vor, oder aber es gibt dort zweifelhafteste Persönlichkeiten, die gleichzeitig gern den Harmonieverbänden Dienste leisten, während sie doch politisch auf Moskau eingestimmt sind. Die Gegenseite behaupten sich manchmal mit: „Vorliebe! Doch wie man auch eine Erklärung finden möge, hier zeigt sich mit erschütternder Deutlichkeit, wie eine unverantwortlich handelnde, angeblich radikale „Opposition“ tatsächlich nur die Gesetze der Arbeitgeber besorgt. Denn die Stärkung der Harmonieverbände hat noch alles diese Wirkung gehabt. Mögen diese Jellen mit dazu beitragen, allen Gewerkschaftlern die Augen für die Gefahren zu öffnen, die aus den eigenen Reihen drohen.“

August Brügmann †

Am 29. November starb der langjährige Redakteur des „Zimmerer“, August Brügmann, im Alter von 60 Jahren. Mit ihm ist einer der Besten in der deutschen Gewerkschaftsbewegung dahingegangen. Wenn wir auch nicht mit allem einverstanden waren, was Brügmann geredet und geschrieben hat, so wollen wir doch anerkennen, daß er ein ehrenvoller Charakter war. Als einer von der alten Garde, deren Reihen immer dünner werden, hat er es verstanden, durch mühevollen Arbeit sich ein umfangreiches Wissen anzueignen. Dies wurde vor allem dokumentiert durch das zweibändige Werk Brügmanns: „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung.“ Auch sonst ist er literarisch hervorgetreten.

Vom Ausland

Die Arbeitslosigkeit im Ausland.

Frankreich erlebt jetzt eine schwere Krise seiner Industrie. Obwohl es 1 1/2 Millionen Menschen im Krieg verloren hat, obwohl in den verarmtesten nördlichen Gebieten noch eine riesige Arbeit für den Wiederaufbau zu leisten ist: die Arbeitslosigkeit ist fortwährend im Ansteigen. Der Kapitalismus vermag den Arbeitsmarkt nicht zu organisieren; die Arbeiter in Frankreich unterliegen wegen Mangel an Kapital. Es ist hier nicht der Ort, die Gründe der Krise zu untersuchen, es gibt deren eine große Anzahl. Besonders die Automobil- und Lederindustrie leiden. In der ersten Hälfte der Arbeitslosen 30 bis 40 Prozent, in letzterer 75 Prozent. Nach den Veranschlagungen des Reichsarbeitsverbandes sind jetzt 25 Prozent der Arbeiter ohne Arbeit; in dieser Branche gibt es jetzt 50.000 Arbeitslose. Die Unternehmungen, welche durch den Staat die Kommunen der Arbeitslosen erhalten, werden vielfach nicht angenommen und als Almosen betrachtet.

In diesen Zusammenhänge wollen wir nun einen Geleichenwurf für Arbeitslosenversicherung in England berichten, welches am 8. November d. J. ins Leben getreten ist. Das Gesetz knüpft an die frühere Gesetzgebung in den Jahren 1911 und 1916 an, hat die selben Grundzüge wie diese. Die Zahl der Berechtigten ist auf 12 Millionen Personen erhöht worden (nach den früheren Gesetzen nur 4 Millionen). Das Arbeitslosengeld ist jetzt auf 7 Schilling den wöchentlichen Lohn von mindestens 7 Schilling auf 15 erhöht worden. Das neue Gesetz ist ein Kompromiß zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und den Vertretern der Arbeiter, die Beschäftigten werden weiter in ihrer Hand zu haben. Ein Kompromiß weiter zwischen einem allgemeinen Beschäftigtengesetz, welches die ganze Bevölkerung umfaßt, und den besonderen Gesetzen für einzelne Industriezweige, welche die Einzelbeschäftigten und Unternehmungen in ein Verhältnis zum Risiko der Arbeitslosigkeit zu bringen betrogen. Im Jahre 1919

ein Versicherungsgesetz eingeführt worden, welches als erstes die Versicherung der Arbeiter auf alle Kategorien der Arbeiter ausdehnt hatte. Wie wir aus ausländischen Mitteilungen entnehmen, ist jetzt die italienische Arbeiterkraft daran, wichtige Neuerungen und Ergänzungen durchzuführen, besonders die Erhöhung der Unterstufungen, Förderung der öffentlichen Arbeiten und Unterstützung der von den Arbeitlosen begründeten Genossenschaften. Endlich verzeichnen wir noch die Verordnung, welche in Spanien bezüglich der Arbeitslosigkeit und deren Behebung erlassen worden ist.

Aus der Arbeiterbewegung in Spanien.

Die Gewerkschaften Spaniens sind in zwei Lager gespalten, die eine gehört dem allgemeinen Arbeiterverband (Union General de Trabajadores) an, die andere dem Nationalverband (Confederacion Nacional del Trabajo). Ein schier unüberbrückbar scheinender Gegensatz trennte die beiden Verbände voneinander. Der erste gehört der Antiradikalen Internationalen an, während der zweite sich an Moskau angeschlossen hat. Nun haben die Arbeiter, die Uneinigkeit der Arbeiter ausnützend, mächtige Verbände ins Leben gerufen; die Politik der Regierung ist in letzter Zeit arbeitgeberfeindlich geworden. So haben die Gewerkschaften den Weg zueinander zu finden gesucht; es ist eine Vereinbarung zwischen beiden Gruppen zustande gekommen, um den gemeinsamen Feind gemeinsam zu bekämpfen. In der diesbezüglichen Resolution ist ausgesprochen worden, daß während der Dauer des Zusammenwirkens die verbundenen Organisationen einander gegenseitig respektieren und sich in keiner Weise in der Presse noch sonst angreifen werden. Sie müssen ihr gegenseitiges Recht anerkennen, sich der internationalen Organisation anzuschließen, welche ihnen am besten paßt. Ein interessantes Beispiel dafür, wie die Notwendigkeit des Kampfes gegen die ausländischen Kapp-Beute die Kommunisten gezwungen hat, ihre so laiz betonte Unversöhnlichkeit - welche aber im wesentlichen immer Kompromisse eingibt - aufzugeben.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Weg zum Sozialismus. Herausgegeben von Otto Jesken. Eine Sammlung gut ausgewählter Schriften der Vorläufer des Sozialismus, von den Utopisten bis zu unseren Altimeistern, in guten, geschmackvollen Bänden zusammengestellt. In dieser Sammlung erschienen bisher: Heinrich Heine und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Hermann Wendel. 4 M. - Robert Owen und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Helene Simon. 4 M. - Saint-Simon und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Gottfried Salomon. 4 M. - Kant, Fichte, Hegel und der Sozialismus. Von Karl Vorländer. 6 M. - Marx als Geschichtsphilosoph. Von Alfred Braunkopf. 6 M. - Lassalle und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Eduard Bernstein. 4 M. - Proudhon und der Sozialismus. Ausgewählt und eingeleitet von Gottfried Salomon. 6 M. - Fourier und der Sozialismus. Von Käthe Morgenroth. 6 M. - Verlag: Paul Passer, Berlin W. 10.

Der Sozialdemokratische Adresskalender 1921 ist soeben erschienen. Er enthält eingehende Angaben über Stand und Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsorganisationen nach den neuesten Angaben der Verbandsleitungen; auch die geschichtlichen Ereignisse und Entwicklungstendenzen sind bis auf die Gegenwart verzeichnet. Der Kalender ist auch äußerlich für jedes Haus und Kantor ein praktischer Wandkalender. Preis 8,50 M. Bestellungen nimmt die Buchdruckerei Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, entgegen.

Das Aufnehmen der Maschinenstelle und das Maschinenzeichnen. Mit über 70 Abbildungen. Gemeinverständlich dargestellt von Ingenieur und Oberlehrer Herbert Götze. Preis 8 M. Verlag von Gustav Wolf, Dresden-N. I.

Die Pflanze als Erfinder. Von R. S. Frank. Mit zahlreichen Abbildungen. Preis gebunden 5,20 M., geb. 7,80 M. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle: Frandhsche Verlagshandlung, Stuttgart.

Verfahren und Instandhalten elektrischer Licht- und Kraftanlagen. Ein Leitfaden auch für Richttechniker von E. Fehr v. Goldberg. Preis 4,80 M. Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin W. 9, Dinkstr. 23/24.

Der praktische Warmwasser-Instalateur. Von Dr. Otto Kallenberg. Lehr- und Handbuch für den Installateur von Warmwasseranlagen aller Art. Lehr- und Übungsbuch für den sachlichen Unterricht an gewerblichen Lehranstalten. Mit 147 Abbildungen zumeist nach Originalzeichnungen des Verfassers und 19 Fachtabellen. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart. Broschüriert 10 M., gebunden 18 M.

Weg zur Relativitätstheorie. Von Rudolf Lämmel. Mit 25 Abbildungen. Preis geb. 5,20 M., geb. 7,80 M. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle Frandhsche Verlagshandlung, Stuttgart.

Technisches Zeichnen und Schaffen. Von Prof. Dr. G. v. Sars-Fengel. 2. Auflage innerhalb 8 Monaten. Eine gemeinverständliche Einführung in die Technik. Preis geb. 20 M. Verlag Julius Springer, Berlin W. 9, Dinkstr. 23.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachungen

Dieses. Die Telefon-Nummer ist ab 1. Januar 1921 Nr. 1850. Friedrichshafen a. B. Alle Sendungen an die hiesige Verwaltungsstelle sind vorläufig zu adressieren an: Peter Mayer, Eugenstr. 45. Neuß a. S. Alle Sendungen sind an den Bevollmächtigten Nikolaus Schönicg, Neuß a. S., Sauerstr. 134, zu richten.

Angestellte gesucht.

Stettin. 1. Geschäftsführer zum 1. Januar 1921 gesucht. Beding-

ung: eine stähr. ununterbrochene Mitgliedschaft unseres Verbands, mit Agitations- und Verwaltungsarbeiten vertraut; auf dem Boden der Stuttgarter Generalversammlungsbefehle stehend. Gehaltsansprüche sind mit einzureichen. Kollegen, die eine ähnliche Stelle bereits bekleidet haben, werden bevorzugt. Bewerbung über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, selbstgeschriebene Lebenslauf und eine Abschrift über die Aufgaben eines 1. Geschäftsführers bis 18. Dezember mit der Aufschrift „Bewerbung“ an R. Frant, Gustav Wolf-Str. 9.

Sonstige Anzeigen

Zustellern bitte, die Arbeitsnachweise nicht niemals an die Redaktion, sondern an die interessierte Person selbst, bei Arbeitsnachweisen: bitte nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

Feilenschleifer, tüchtig, gesucht. Heinrich Edde, Feilenschleifer, hauerer, Lokat bei Götzen, Oberhausen. (a)

Feilenschleifer sucht Feilenfabrik

1 tüchtiger Feilenschleifer, 1 Metallformer und mehrere tüchtige ältere Maschinenschleifer gesucht. Wolf & Comp., Walsrode, Wittell.

Radler, Drahtweber und Flechter sucht Wilhelm Rump, Bremen, Freientstr. 9.

Schmittebauer, 4-5, die durchaus perfekt auf Feil- u. Stanzwerkzeuge sind, gesucht. Es wollen sich nur reife

Arbeiter melden. Metallweber Hermann Engelhardt, Wustadt i. L. (a)

Der Aufsicht des Reichsgerichts Franz Borchardt, geb. 22. 4. 1880 an Staßfurt, ist unbekannt. Die Verwaltungen und Kollegen, welche über den jetzigen Aufenthaltsort Auskunft geben können, wollen Mitteilung an Friedrich Carlsson, Leopoldstr. 11, Staßfurt, Blumenstr. 8, einbringen.

Druck und Verlag von Alexander Schick & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Röntgenstr. 16 B.